

# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

*Mit jeder territorialen Veränderung würde sich die Nato und mit ihr die BRD auf lange Zeit auf dem Balkan als Schutz- und Garantiemacht etablieren.*



s. 3

*CDU: Deutschum erneuert*

s. 6

*Kosovo mazedonisch ?*

s. 12

*Aktionen wegen Asyl*

s. 15

*Nach Lohnbewegung der IG Metall*

s. 18

*Vom Parteitag der PDS*



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Staschkeit.

### Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/4761125

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

**VERFOLGUNGSWUT.** Innenminister Schily erklärte nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Tantan am 22.3. eine weitere enge Zusammenarbeit im „Kampf gegen den Terrorismus“. Sicher hat er dabei nicht die MIT-Aktivitäten in Deutschland gemeint. Vielmehr erklärte Schily zur Freude Tantans, dass an eine Aufhebung des PKK-Verbots nicht gedacht sei. Beschlossen wurde, ein neues Geheimdienstabkommen zwischen Deutschland und der Türkei zur Absicherung der militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu erarbeiten. Unter dem Thema Menschenrechte wurde von den Ministern vereinbart, dass an einem neuen Rechtsabkommen zur Garantie einer „angemessenen Behandlung“ von Straftätern, die aus Deutschland in die Türkei abgeschoben werden, verhandelt wird. Am 23.3. überfiel die Polizei mit einem Großaufgebot das Kulturzentrum Kurdistans in Mannheim. Sie löste eine stattfindende Diskussionsveranstaltung zum Friedensprozess in der Türkei und Kurdistan auf, nahm 44 Personen fest, von denen zwei in Haft blieben. Der Generalbundesanwalt wirft einem von ihnen, Herrn Galat Kesbir, vor, der Europäischen Frontzentrale der PKK anzugehören und die Region Süd der PKK geleitet zu haben. Seit 1995 habe er zuvor schon die PKK-Regionen Westfalen und Nord geleitet. Generalbundesanwalt Nehm will ihn wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung anklagen. Am 24.3. erließ der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Karlsruhe Haftbefehl gegen ihn.

**PANNE?** Der polnische Geheimdienst – dessen Jahresbericht angeblich durch eine Panne ins Internet geriet – sieht Anzeichen dafür, dass der „Bund der Vertriebenen“ eine „Propaganda-Offensive für die Autonomie Schlesiens“ vorbereiten. Dabei stützten sich die revanchistischen Verbände u.a. auf die „Gesellschaft der Schlesier“ in Kattowice sowie auf Politiker der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Der Geheimdienst sieht die Kampagne im Zusammenhang mit der Verzögerung der Verhandlungen über den Beitritt Polens zur EU.

**ENTSCHÄDIGUNGS-GESETZ.** Die PDS-Bundestagsfraktion trägt den Regierungsentwurf zur Zwangsarbeit-Entschädigung trotz Vorbehalten mit, bringt aber noch wichtige Änderungsvorschläge ein, deren Berücksichtigung der SPD-Fraktionsvorsitzende ausdrücklich zugesichert hat. So will die PDS erreichen, dass die Industrie verpflichtet wird, ihre Archive zu öffnen; dass der bisher verlangte Verzicht auf alle Forderungen gegen alle deutschen Unternehmen auf die Firmen beschränkt wird, die sich tatsächlich an der Stiftungsinitiative beteiligen; dass alle Anwaltskosten von NS-Opfern erstattet werden; dass die bisher vorgesehenen geringen Entschädigungsmittel

für die sogenannten „sonstigen Opfer“ (Roma, Sinti, Personen aus den baltischen Staaten, Ungarn, Slowakei usw.) durch Schwerpunktsetzung beim „Zukunftsfonds“ wenigstens etwas aufgestockt werden; dass die Opfer im Kuratorium der Stiftung angemessen vertreten sind und dass der mit dem Gesetz entwurf verbundene Briefwechsel keine noch offenen Reparationsforderungen zurückweist.

**MILITARISIERUNG.** Am 15.3. haben Schröder und Scharping mit weiteren rund 90 Wirtschaftsunternehmen den Rahmenvertrag „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“ unterzeichnet. Erstmals war der Vertrag mit 33 Konzernvertretern im Dezember 1999 geschlossen worden. Ziel ist, einerseits die Potenziale der Konzerne stärker durch die Bundeswehr zu nutzen, andererseits Potenziale der Bundeswehr den Konzernen zur Verfügung zu stellen. So sollen z.B. die PKW- und teilweise auch die LKW-Flotte der Bundeswehr für „Dritte“ nutzbar gemacht werden, Ausbildungseinrichtungen der Luftwaffen gemeinsam mit der Industrie betrieben werden, ein Gefechtszentrum privatwirtschaftlich betrieben werden, Ausbilder der Bundeswehr in gemeinsamen „Kompetenzzentren Informationstechnologie“ ausgebildet und gleichzeitig „qualifizierte Soldaten“ auf eine anschließende Beschäftigung in der Privatwirtschaft vorbereitet werden usw. usf.

**BOOM.** Die BRD hat mit 124,8 Mrd. DM 1999 den nach 1989 und 1998 dritthöchsten Exportüberschuss ihrer Geschichte erzielt. In diesem Jahr rechnet der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels sogar mit einem noch höheren Überschuss von 149 Mrd. Da die Exporte schneller steigen als der Weltmarkt, wird die BRD ihren Anteil am Weltmarkt ausbauen. Dabei macht die Handelsbilanz das wachsende wirtschaftliche Gewicht deutscher Konzerne in der Welt nur teilweise sichtbar. Wie in diesen Tagen aus der Wirtschaftspresse zu entnehmen, hat der Kapitalexport insbesondere in die ost- und südosteuropäischen Länder enorm zugenommen.

**COUP.** Nach Auffassung des Postverbandes hat Bundeswirtschaftsminister Müller mit der Weisung an die Regulierungsbehörde, das Porto für Briefe und Postkarten nicht zu erhöhen, das Gegenteil von dem bezweckt, was die Anordnung vorspiegelt. Tatsächlich hätte das Porto im Sommer gesenkt werden müssen. Durch die Ankündigung der Post, das Porto zu erhöhen, und das postwendende „Machtwort“ Müllers sei diese gebotene Senkung abgewendet worden. Das Postgesetz sehe ausdrücklich vor, dass die Regulierungsbehörde zum 1.9.00 die Höhe zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren habe.

# Vielfalt der Lebenswelten wird akzeptiert – aber deutsch muss sie sein

Den „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ verheißen die bildungspolitischen Leitsätze, die dem Essener CDU-Parteitag vorlagen. Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts für Kinder nichtdeutscher Muttersprache!, kündigte der CDU-Spitzenkandidat im NRW-Wahlkampf Rüttgers für den Fall eines Wahlsieges an. Aufbruch und Abbau – ein Widerspruch? Womöglich eine – noch verdeckt geführte – Auseinandersetzung um die weitere Strategie der CDU? Wohl nicht.

## Neue Wege ...

Die CDU, deren programmatische und personelle Krise nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen noch nicht offen, nach einigen Wahlerfolgen bei Aufkommen der Finanzskandale dafür um so heftiger aufbrach, unternimmt Anstrengungen der Modernisierung. Der Einstieg in die personelle Erneuerung ihrer Führungsriege symbolisiert, dass sie sich auf die wuchtigen sozialen Prozesse programmatisch einzustellen sucht, die die Produktivkraft-Revolutionen vor allem im Zusammenhang der Computerisierung, der Umwälzungen im Datenaustausch, Rechnungswesen und Informationssektor, die Ausweitung und Umgruppierung der Weltwirtschaft, die Herausbildung des EU-Blocks zur zweiten imperialistischen Metropole mit einem nach Osten sich ausdehnenden Einflussgebiet, die wuchtige Zentralisation und Konzentration des Kapitals bewirken.

Bereits im Dezember verabschiedete der Kleine Parteitag unter dem Titel „Lust auf Familie, Lust auf Verantwortung“ ein familienpolitisches Programm, das für CDU-Verhältnisse fast sensationell scheinende Neuerungen enthält. Die CDU, die die Bundestagswahlen 1998 vornehmlich in der neuen, der akademischen Mittelklasse verloren hat, nimmt hier den Kampf um Einflussbildung auf. Ganz augenfällig und in deutlichem Gegensatz zu früherer Programmatik ist die ausdrückliche Anerkennung des gewandelten Rollenverständnisses der Frauen, gewandelter Erziehungskonzepte, der Vielfalt der Lebensentwürfe, der gesellschaftlichen

Pluralität ... und der erklärte Verzicht: „Nach unserem Verständnis vom Menschen schreibt die Politik in einer freien und offenen Gesellschaft nicht vor, wie die Menschen zu leben haben. Die Menschen sollen sich ... nach ihren Wünschen entwickeln können.“

Im Mittelpunkt des familienpolitischen Programms steht der Versuch, die berufstätige Frau in das christlich-konservative Weltbild zu integrieren. Dabei trägt die CDU den Interessen, die Teile der Frauenbewegung in den letzten Jahrzehnten artikulierten, in so mancher Hinsicht Rechnung, insbesondere solchen Forderungen und Bestrebungen, die darauf zielen, Diskriminierungen und Hindernisse für den beruflichen Aufstieg von Frauen zu beseitigen. Zur Lösung der „Schlüsselfrage für die Vereinbarung von Familien- und Erwerbsarbeit“, die „zufriedenstellende Regelung der Kinderbetreuung“, macht sie eine Reihe von Vorschlägen, angefangen von der Fortentwicklung des „Erziehungsurlaubs“ zur „Familienzeit“ von drei Jahren, die um ein halbes Jahr verlängert



**Eine schreiende Diskriminierung: Nur 6% der Einwandererkinder machen Abitur.**

## CDU + Grüne: „Neue Weichenstellungen für Stuttgarter Familien mit Kindern“

Einen Paukenschlag setzte die CDU mit Hilfe der Grünen in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2000/20001 im Stuttgarter Gemeinderat: Gemeinsam mit den Grünen präsentierte sie eine Presseerklärung: „Neue Weichenstellungen für Stuttgarter Familien mit Kindern“. Die CDU ist im Stuttgarter Gemeinderat die stärkste Fraktion mit 25 von 60 Sitzen. Die Grünen haben acht Sitze. Zusammen können sie ohne Kompromisse mit jeweils verschiedenen Partnern politische Beschlüsse herbeiführen. In Stuttgart gibt's wieder was zu verteilen, und beiden liegt daran, sich als innovative Macher zu präsentieren. Eine Koalition in allen Fragen oder dauerhaft ist das nicht. Die „neue Weichenstellung“ ist Bestandteil der Haushaltsschwerpunkte der CDU: „Harmonischer Dreiklang von Steuersenkungen, Schuldenabbau und Investitionen in die Infrastruktur und

Lebensqualität unserer Stadt - Initiative kinder- und familienfreundliches Stuttgart“.

Die Inhalte dieser neuen Weichenstellung zum kinder- und familienfreundlichen Stuttgart sind: Einführung eines einheitlichen Schülertickets zum Preis von 35 DM im Monat, Einführung einer „verlässlichen Grundschule“ und erweiterte Angebote an Hauptschulen, Alternativen zum Familienpass, Projektmittel für Kinder- und Jugendarbeit bei gleichzeitiger Abschaffung der Stiftung Zukunft der Jugend.

Kinder- und familienfreundlich ist die Politik, wie sie die CDU und die Grünen betreiben, allenfalls für die Familien des Mittelstandes, nicht gemeint sind die Armen und die ausländischen Familien. Die werden sogar noch zusätzlich belastet. Das lässt sich an allen Punkten der neuen Weichenstellung zeigen. Denn zugleich wurde der Familienpass abgeschafft. Stattdessen gibt es nun eine Bonuscard im Wert von 120 DM bzw. 60 Euro ab 2001 für alle Familien mit Kindern

bis 16, unabhängig vom Einkommen, mit Wertgutscheinen zum Besuch von Bädern, Museen, der Wilhelma etc.

Für die bessergestellten Familien ist das ein nettes Geschenk. Für Leute, die Sozialhilfe beziehen oder die als Alleinerziehende oder Familien mit mehreren Kindern geringe Einkommen haben, verschwinden die Ermäßigungen für die Monatskarten des Öffentlichen Nahverkehrs, die Musikschule, freier Eintritt ins Hallenbad etc. Vor allem aber gab es mit dem Familienpass Ermäßigungen der Kindergartengebühren um 35 bis 20 Prozent, des Essensgeldes von 100 auf 40 DM. Die Konferenz der Gesamtelternbeiräte in Stuttgart hat nach einer Umfrage errechnet, dass dies bei armen Familien Mehrausgaben von bis zu 1000 DM im Jahr bewirken wird.

Begleitet wird die Abschaffung des Familienpasses durch eine Verschärfung der Sozialhilferichtlinien: Die Zuschüsse für einmaligen Aufwand werden gekürzt, die Zuschüsse für die Ausstattung von Schwangeren und die Erstauss-

→ werden soll, wenn sich beide Elternteile die Zeit teilen, über Kindergärten mit „im Bedarfsfall“ flexiblen Öffnungszeiten und Ganztagsbetreuung, die Erweiterung steuerlicher Abzugsfähigkeit von privaten Dienstboten und „Beschäftigten von Zentren für häusliche Dienstleistungen“ bis zur verlässlichen Halbtagsgrundschule und möglicher Ganztagsbetreuung für Schüler.

Dass fast alle familienpolitischen Leitideen der CDU auf eine Förderung der Mittelstandshaushalte und direkte oder indirekte Umschichtung staatlicher Mittel von Haushalten mit niedrigem Einkommen zu Besserverdienenden hinauslaufen, wird in ihren praktisch-politischen Umsetzungen deutlich (siehe unten). Ein anderer Ansatz der Kritik tritt deutlicher in den bildungspolitischen Leitsätzen des Essener Parteitages zutage, die mit Schlagworten wie „Bildung für den ganzen Menschen“ u.ä. eine weitreichende Veränderung in Struktur, Management, Ausrichtung und Inhalt des Bildungsbereichs anstreben.

Wir wollen sie ausführlicher in der nächsten Ausgabe der *Politischen Berichte* beleuchten und hier nur den einen Aspekt herausgreifen, der sich auf das Zusammenleben zwischen den kulturell verschiedenen Bevölkerungsgruppen bezieht. Die CDU spricht verstärkt von Integration der Ausländer – und meint Zwangseindeutschung.

#### ... und alte Ziele

In der BRD leben 7,3 Millionen Menschen, 9% der Gesamtbevölkerung, ohne deutschen Pass. In Großstädten wie Köln (19,6%), München (23,6%), Stuttgart (24,8) oder Frankfurt (24,9) ist jeder vierte bis fünfte Einwohner eingewandert. Die Frage nach dem Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist für

die Entwicklung der Gesellschaft schon deshalb von ausschlaggebender Bedeutung. Was fällt der CDU nach der unsäglichen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ein?

Unter dem Stichwort „Kopf, Herz und Hand: Bildung für den ganzen Menschen“ fordert die CDU u.a.: „Sicherheit in der Muttersprache – für Ausländerinnen und Ausländer: Beherrschung der deutschen Sprache – ...“ Die von der CDU in NRW betriebene Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts – ohnehin nur 2-3 Stunden wöchentlich – steht nicht im Widerspruch zur modernisierten Programmatik, im Gegenteil: In der brutalen Interpretation durch die Praxis lautet die Programmforderung: „Die 1400 Lehrer für muttersprachlichen Unterricht (in NRW) sollen sich besser um die mangelnden Deutschkenntnisse der jungen Zuwanderer kümmern.“ (Rüttgers) Und scheinheilig sein Generalsekretär: „Die mangelnden Sprachkenntnisse verbauen diesen Kindern einen Erfolg in der Schule und damit jegliche Berufsperspektive.“

Die Berufsperspektive junger Zuwanderer ist katastrophal. Immer noch ist der Anteil un- und angelernter Arbeiter unter ausländischen Lohnabhängigen mit 51% (deutsche: 10%) eklatant, wenn auch niedriger als 1984 (70%; deutsche: 16%). Doch 1984 betrug das durchschnittliche Einkommen von Ausländern 87% des durchschnittlichen Einkommens deutscher Lohnabhängiger, 1997 nur noch 76%! Das bedeutet, dass die Veränderungen in der beruflichen Struktur ausländischer Lohnabhängiger, Ergebnis großer finanzieller und Bildungsanstrengungen der Einwandererfamilien, nichts daran geändert haben, dass sie von besserbezahlten Positionen nahezu durchweg ausgeschlossen bleiben. Eine Untersuchung zeigt, dass die Beherrschung der deut-

schen Sprache bis 1993 nach Selbsteinschätzung der Einwanderer große Fortschritte gemacht hat, seither aber abnimmt. Das hat viele Gründe, einer liegt in den Rückwirkungen des Nachfrageverhaltens der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt auf die Bereitschaft der jungen Zuwanderer, Deutsch zu lernen.

Die Strategie der Eindeutschung, die in der Forderung nach Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts aufscheint, wird das Problem der beruflichen Perspektive verschärfen. Die GEW und andere wiesen in ihrer Kritik an den CDU-Plänen darauf hin, dass junge Zuwanderer, die ihre Muttersprache beherrschen, auch in der Beherrschung der deutschen Sprache bessere Ergebnisse zeitigen – und umgekehrt. Es geht also gar nicht um die Erlernung der deutschen Sprache und schon gar nicht um die Berufsperspektiven, sondern um Homogenisierungs- und Unterwerfungsdruck, unter dem einige sich anpassen und viele zerbrechen müssen, ausgesondert werden zum schlechtbezahlten Hilfsvolk oder abgeschoben. Das ist die Kehrseite der „lernenden Gesellschaft“, der Angebote an die Qualifizierten und Gutsituierten.

Die „Vielfalt der Lebensentwürfe“, auf die sich die CDU in ihrem neuen familienpolitischen Programm einzulassen scheint, hat also eine scharf bewachte Grenze: Die Respektierung der kulturellen Vielfalt auf dem Territorium der BRD ist nicht gemeint. Vielfalt kann herrschen, aber deutsch muss sie sein. Die Programmdiskussion der CDU sucht nach Konzepten, die moderne, differenzierte Gesellschaft letztlich wieder völkisch zu formieren und den mit dem Expansionsdrang der deutschen Konzerne fest verbundenen deutschen Block mitten in Europa unter sich ändernden Bedingungen zu erhalten und zu stärken. sc



→ stattung von Neugeborenen werden gekürzt. Die Verwaltung ist beauftragt, die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zu durchleuchten, um sie zur Arbeitsaufnahme in untertariflich bezahlten Stellen zu zwingen. Vor allem werden derzeit die Flüchtlinge und Ausländerinnen und Ausländer unter die Lupe genommen mit dem Ziel der Abschiebung wegen Sozialhilfebezug. Es sind bereits fast fünfzig Abschiebungen aus diesem Grund erfolgt, ohne öffentliche Proteste.

Außerdem werden auf Antrag der CDU mit diesem Haushaltsbeschluss der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft 50 Mio. DM Grundkapital entzogen. Die Folge wird sein, dass z.B. Renovierungskosten der alten Häuser stärker auf die Mieter übergewälzt werden. Auf Antrag der CDU soll auch die Satzung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum in Stuttgart aufgehoben werden. Dadurch wird die Wohnungsnot der ärmeren Familien weiter wachsen.

Wo die CDU dagegen Geld hinschiebt,

sind die Sportvereine. Sie erhalten in Zukunft ein erhöhtes „Sportkindergeld“. Ihre Sportstätten erhalten Zuschüsse noch vor den Turn- und Versammlungshallen der Schulen, die zum Teil in katastrophalem Zustand sind.

Die „verlässliche Grundschule“ war das Versprechen der baden-württembergischen Kulturministerin Schavan, dass an den Grundschulen die Kinder den ganzen Vormittag Unterricht oder pädagogische Betreuung erhalten. Dies sollte – dem neuen Leitbild der CDU von der berufstätigen Frau entsprechend – den Frauen eine Halbtagsarbeit ermöglichen. Herausgekommen ist ein mehrmals reduziertes Modell. In Stuttgart wird es verschiedene Betreuungsarten nebeneinander geben, die alle keine ausreichende Lösung bieten und vor allem nicht an allen Schulen angeboten werden. Die Kernzeitbetreuung bewahrt Kinder mit Früh- und Spätdienst für 1,30 DM pro Betreuungsstunde auf. Im Kinderhort kostet's 0,90 DM, und selbst dort haben Erzieherinnen beobachtet, dass

arme Eltern ihre Kinder abmelden. Dann gibt es sechs „verlässliche Grundschulen“, wo die Unterrichtszeiten auf den Vormittag gebündelt werden und die Betreuung mit freien Trägern organisiert wird. An mehreren Sonderschulen und Schulen für verhaltensauffällige Kinder haben Lehrer, teilweise gemeinsam mit Eltern, Mittagessen und Nachmittagsunterricht organisiert. Die dringend notwendige Aufstockung des Lehrpersonals und der Schulsozialarbeit an den Brennpunktschulen mit bis zu 80 Prozent ausländischen Kindern unterbleibt weiter.

Der neue pluralistische Ansatz der CDU zielt nicht wirklich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Kinder und Familien. Ihr geht es um den Mittelstand, vor allem um das akademische Personal in Konzernen und neuen Dienstleistungen. Das ist auch die Klientel der Grünen. Beide suchen in dieser Mitte ihre Wähler und werden die armen Leute in der Gesellschaft weiter malträtieren.

ulk

# Plant Bundesregierung Angliederung des Kosovo an Mazedonien?

In Brüssel trat Ende März zum ersten Mal die sogenannte Geberkonferenz des Balkan-Stabilitätspaktes zusammen. Eingeladen hatten die EU-Kommission und die Weltbank. Unter dem Vorsitz von EU-Außenkommissar Chris Patten und Weltbankdirektor James D. Wolfensohn trafen sich Vertreter von 47 Staaten, um Finanzmittel für ein „Quick-Start“-Aufbauprogramm einzusammeln und zu verteilen. Rund 3,5 Milliarden DM wollen die Industriestaaten lockermachen. 80 Prozent der zugesagten Gelder kommen von der EU bzw. aus deren Mitgliedsstaaten. Die Bundesrepublik gehört zu den größten Geldgebern für den Balkan-Stabilitätspakt.

Mehr als die Hälfte der Mittel sollen für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben werden, den Aufbau von Verkehrswegen, Grenzübergängen und ähnlichem. Geplant ist unter anderem der Bau von Stromleitungen in Bosnien-Herzegowina und die Wiederherstellung von Straßen und Schienen in Montenegro. Neben der Infrastrukturhilfe werden ca. 600 Millionen DM für die Förderung der Privatwirtschaft aufgebracht. Weitere kleinere Posten beinhalten Hilfen bei der Demobilisierung und der Räumung von Minen.

Doch die rund fünf Milliarden Mark sind nicht viel, wenn man die Summe mit anderen vergleicht: 12 Milliarden Mark hat der Nato-Krieg von vergangenen Jahr gekostet, 33 Milliarden Mark hat die Europäische Union in den letzten Jahren schon auf den Balkan gepumpt, und weitere 35 Milliarden Mark würde nach Ansicht der EU die Beseitigung der Kriegsschäden kosten. Die US-Regierung geht sogar von rund 800 Milliarden Mark aus. Der vereinte Beitrag aus 44 Ländern wirkt erst recht bescheiden, wenn man ihn mit anderen Vergleichsleistungen vergleicht: Etwa 1.500 Milliarden Mark hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren nach Ostdeutschland geschaufelt.

Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Gelder gleich wieder an die westlichen Firmen zurückfließt, die mit der Realisierung der Projekte beauftragt werden. Die Filetstücke bei den Unternehmen im Kosovo haben sich bereits westeuropäische Konzerne unter den Nagel gerissen: Der Leiter der UN-Administration im Kosovo, der Franzose Bernard Kouchner, hatte den einheimischen Direktor von Kosovo Telekom seines Amtes enthoben, als dieser sich geweigert hatte, das Unternehmen an den französischen Telekommunikationskonzern Alcatel zu ver-

kaufen. Ein Angebot von Siemens schien dem Kosovo-Albaner vorteilhafter gewesen zu sein. Und der Schweizer Zement-Hersteller Holderbank hat gleich die größten Zementwerke im Kosovo für zwölf Jahre gepachtet. Ein lukrativer Deal – schließlich müssen alleine 120 000 Häuser in der Region wieder aufgebaut werden.

Der Balkanstabilitätspakt geht auf eine Initiative der Bundesregierung zurück und war noch während des Krieges gegen Jugoslawien auf dem Kölner G7-Gipfel beschlossen und mit großem Pomp im Juni 1999 in Sarajevo gegründet worden. Mit der Einsetzung des ehemaligen Koordinators der Bundesregierung Bodo Hombach hat sich die BRD einen maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung des Balkan-Stabilitätspaktes gesichert. Es wurden im Rahmen der Ausgestaltung der Aufgaben dieser Struktur drei sogenannte „Tische“ gebildet, an denen die nun beschlossenen konkreten Projekte ausgehandelt wurden.

„Auf unsere Initiative wurde in der vergangenen Woche in Berlin ein ‚Business Advisory Council‘ gegründet, der die Regierungen beraten und die Perspektive der Wirtschaft in den Reformprozess einbringen soll. Dem Ausschuss sitzen je ein deutscher und ein französischer Spitzenmanager vor, und ihm gehören Mitglieder aus zahlreichen Stabilitätspakt-Ländern an, auch aus Südosteuropa. Ziel ist die Herausbildung effizienter, sich selbst tragender marktwirtschaftlicher Strukturen und die Schaffung eines regionalen, nach außen offenen Marktes“, so verkündete Außenminister Fischer in einer Regierungserklärung vom 27. Januar 2000 mit stolzeschwellter Brust den Anspruch der deutschen Wirtschaft auf die Ausgestaltung der Programme für den sogenannten „Wirtschaftstisch“. Vorformuliert



**Mit jeder territorialen Veränderung würde sich die Nato und mit ihr die BRD auf lange Zeit auf dem Balkan als Schutz- und Garantiemacht etablieren.**

wurde diese Aussage Fischers vom Bundesverband der Industrie (BDI). Ludolf v. Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des BDI, ließ schon im Juni 1999 erklären: „Die Zielsetzung eines Wiederaufbauprogramms ist ein integrierter Wirtschaftsraum in Südosteuropa.“ Ihm schwebt eine „regionale Freihandelszone“ vor. Die EU solle Anreize zur „Restrukturierung“ der Industrie auf dem Balkan schaffen.

Auch für die Ausgestaltung der Programme für den sogenannten „Demokratietisch“ hat die Bundesregierung gesorgt. Es wurde eine Mediacharta ausgearbeitet, um eine „Mediengesetzgebung nach westlichem Muster“ (Fischer 27.1.2000) auf dem Balkan zu etablieren. Auch hier ist der deutsche Einfluss gesichert, denn, so Fischer: „Um unsere verfügbaren Mittel optimal zu nutzen, wurde auf Initiative der Bundesregierung eine Clearing-Stelle für Medienhilfe im Rahmen des Stabilitätspaktes beim Bayerischen Rundfunk eingerichtet.“ Also wenn der Bayerische Rundfunk für die Medienfreiheit auf dem Balkan zuständig ist, muss man sich über die ausgewogene Berichterstattung keine Sorgen mehr machen. Auch an die Zementierung eines richtigen Weltbildes für die Balkanvölker wurde gedacht. Damit sie die Tätigkeit der EU historisch auch im richtigen Sinne wahrnehmen, wurden auch Gelder zur Verfügung gestellt, um alle bisherigen Geschichtsbücher einer grundlegenden Umarbeitung „im westlichen Sinne“ zu unterziehen.

Ausgeschlossen von allen Geldzahlungen im Rahmen des Stabilitätspaktes bleibt die Bundesrepublik Jugoslawien.



„Ein weiteres Schlüsselpunktproblem für eine friedliche Entwicklung des Balkan ist nach wie vor ungelöst – die Demokratisierung Serbiens. Solange Milosevic an der Macht ist und sein Land immer tiefer in die politische Sackgasse und wirtschaftliche Isolation führt, wird Serbien ein Faktor der Instabilität bleiben“, so Fischer in einer Rede am 5. April 2000 im Bundestag. An dieser Lage will die Bundesregierung natürlich einiges ändern. Ihre Strategie ist dabei, die innere Struktur der BR Jugoslawien auseinander zu brechen. Dazu dient zum einen die gezielte Einflussnahme auf Montenegro. Erst im März war deren Präsident Djukanovic in Berlin, um sich die nötigen Instruktionen zu holen. Dabei wurden ihm auch Zusagen für Kreditgarantien in Höhe von 40 Mio. DM gemacht. Die andere Linie ist die Unterstützung der sogenannten „freien Städte“ in der BR Jugoslawien. Dafür wurde von der Bundesregierung eigens eine eigene Stelle geschaffen. „Ein wichtiges Instrument zur Realisierung solcher Projekte sind Städtepartnerschaften. Eine entsprechende Initiative ist das erste konkrete Projekt des Stabilitätspakts. Auf meine Anregung sind die deutschen Städte zur Mitarbeit im Rahmen von deutsch/serbisch/montenegrinischen Projektpartnerschaften eingeladen und ein Sonderbeauftragter hierfür, Jupp Vosen, ist ernannt worden. Bisher haben 10 deutsche Städte Interesse daran bekundet,“ so Fischer am 27. Januar.

Die Bundestagsdebatte zum Kosovo-Krieg am 5. April hat auch noch einige interessante neue Strategieüberlegungen der Bundesregierung zur Neugestaltung des Balkanraumes gebracht. Zunächst legte die CDU ihre Pläne offen, den Kosovo in einen albanischen und einen serbischen Teil zu spalten und ersteren von Jugoslawien abzutrennen. Diese Überlegungen lehnt die Bundesregierung ab, hat aber nun ganz neue Vorstellungen. Hier spielt nun die Republik Mazedonien offenbar eine neue Rolle. Denn zweimal verwies Fischer auf die wichtige strategische Lage von Mazedonien. Auf die Vorschläge der CDU antwortete Fischer: „Drittens wäre ein geteilter Kosovo ein nicht lebensfähiges staatliches Gebilde von chronischer Instabilität. Niemand denkt heute im Kosovo an einen Anschluss an Albanien. Aber es gibt enge und vielfältige Verbindungen zu Mazedonien, das von einer solchen Entwicklung mit seiner prekären ethnischen Balance aufs höchste gefährdet wäre.“ Denkt Fischer also an eine Angliederung des Kosovo an Mazedonien? Später heißt es dann in der Rede: „Die strategische Bedeutung Mazedoniens kann in diesem Prozess kaum hoch genug eingeschätzt werden.“

Möglicherweise soll hier mit einem vergrößerten Mazedonien ein neues Machtzentrum auf dem Balkan aufgebaut werden, neben Kroatien, das die BRD schon an der Kandare hat. *hav*

*Hamburger Delegation berichtet aus Kurdistan*

## 300 000 feierten Newroz in Diyarbakir



Frieden – Brüderlichkeit – Freiheit! Unter diesem Motto versammelten sich am 21. März diesen Jahres 300.000 Menschen in der Frühlingssonne der kurdischen Metropole Diyarbakir, um ihr Newroz-Fest zu feiern. Newroz ist das traditionelle Frühjahrsfest der Kurden, das seit fast 3000 Jahren den Widerstand gegen Unterdrückung und das Streben nach Einheit und Unabhängigkeit symbolisiert. Eine 15-köpfige Hamburger Delegation aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, die zuvor mit Unterstützung der Regenbogenfraktion der Hamburger Bürgerschaft sowie des Hamburger Ortsvereins der IG Medien mehrere kurdische Städte im Südosten der Türkei besucht hatte, beteiligte sich an der Großveranstaltung. Wir veröffentlichen ihre Presseerklärung.

Mit Bestürzung haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die deutschen Medien den sich anbahnenden historischen Friedensprozess zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk weitgehend ignorieren und damit jede mögliche Parteinahme der deutschen Öffentlichkeit und Politik zugunsten dieses Friedensprozesses blockieren, denn ohne ein Einwirken der internationalen Staatengemeinschaft, und hier insbesondere der EU, auf die Türkische Republik wird die von der kurdischen Seite einseitig eingeleitete Friedensinitiative kaum dauerhafte Erfolgsaussichten haben. Dies war die einmütige Einschätzung aller unserer Gesprächspartner/innen.

Gespräche haben wir geführt mit dem Vorstand des Menschenrechtsvereins IHD in Elazig, in Bingöl mit dem Vorstand der HADEP (Demokratische Volkspartei), die seit den Kommunalwahlen im April 99 in fast allen kurdischen Städten und Gemeinden die Bürgermeister stellt. Dort und in einer weiteren kleineren Stadt konnten wir auch mit deren amtierenden Bürgermeistern sprechen. Des weiteren sprachen wir mit dem Vorstand des zweitgrößten Gewerkschafts-Dachverbandes KESK in Diyarbakir sowie in Istanbul mit den Vorstän-

den des Mesopotamischen Kulturzentrums MKM, das sich seit 1991 mit der Pflege und Veröffentlichung kurdischen Kulturgutes befasst, sowie der in der Türkei erscheinenden Tageszeitung Bakis, die in der Nachfolge zehn verbotener früherer Tageszeitungen steht. Um uns auch ein Bild von der Einschätzung der staatstragenden türkischen Seite zu machen, besuchten wir in Diyarbakir die dortige Zentrale der DSP, der Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Ecevit, und führten dort ebenfalls ein mehrstündiges Gespräch mit deren Vorsitzenden Dr. Hassan Kalender, dessen Aussagen sich allerdings im Kern darauf reduzierten, dass es den Kurden gut ginge und lediglich ein Terrorismusproblem existiere, ansonsten sei seine Partei in den kurdischen Gebieten nie gewählt worden und deshalb für nichts verantwortlich zu machen. Diese Äußerung werden wir in der nachstehenden inhaltlichen Betrachtung der Gesamtsituation nicht weiter berücksichtigen, da sie für uns alle im offensichtlichen Widerspruch zur Realität standen.

Was die Frage des Friedens und der Menschenrechte anlangt, mussten wir aus eigener Anschauung feststellen, dass der türkische Staat trotz des seit dem vergangenen Herbst erfolgten Abzuges aller Guerilla-Verbände der PKK aus dem türkischen Staatsgebiet sein Militär keineswegs zurückgezogen hat, sondern weiterhin Operationen durchführt. Nach wie vor gilt in den meisten kurdischen Provinzen – so auch in Diyarbakir – der Ausnahmezustand. Aber auch in den Provinzen, in denen der Ausnahmezustand offiziell aufgehoben ist, wie z.B. in Bingöl, kann davon nur auf dem Papier die Rede sein, denn wir konnten uns davon überzeugen, dass diese Stadt, wie alle übrigen von uns besuchten kurdischen Regionen, wie ein besetztes Land wirkte. Die ganze Stadt war voller Militär und Polizei sowie gepanzerter Militärfahrzeuge. Ein Fischverkäufer, der sich in rein touristischer Pose von uns fotografieren ließ, wurde unmittelbar danach festge-



nommen. Wie auch in der deutschen Presse bekannt wurde, war wenige Wochen zuvor sogar der Bürgermeister der Stadt zusammen mit den Bürgermeistern von Diyarbakir und Siirt verhaftet worden, nachdem er von einer Stadtentwicklungstagung aus Hannover zurückgekehrt war. Der Vorwurf lautete auf separatistische Propaganda im Ausland. Auf unserer Fahrt von Bingöl nach Diyar-

bakir (ca. 140 km) gerieten wir in 5 Militärkontrollen und eine der Spezialpolizei. Wobei wir neben Pass- und Gepäckkontrollen jeweils aufs Genaueste nach Gründen unseres Hier-Seins und Plänen für unsere Weiterfahrt befragt wurden. Besonderer Druck wurde auf unsere vom Geburtsort her kurdischstämmigen Dolmetscher ausgeübt, obwohl sie beide allein deutscher Staatsangehörigkeit sind

und über ebensolche Pässe verfügen. In Diyarbakir berichtete uns der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft, dass er in den 9 Monaten seiner Amtszeit bereits 8 Prozesse wegen verschiedener Verstöße gegen sich laufen habe und dass ein Gewerkschaftsvorsitzender aus dem KESK-Verband sein Amt in der Regel ohnehin höchstens ein Jahr lang ausüben könne, da er dann entweder im Gefängnis säße oder aufgrund seiner diversen Strafen mit Funktionsverbot belegt sei.

Newroz war in vielen kurdischen und türkischen Städten zunächst verboten und wurde, wenn überhaupt, erst in allerletzter Minute (ein bis zwei Tage zuvor) genehmigt, meistens allerdings unter extremen Auflagen. In Bingöl beispielsweise nur unter der Maßgabe, dass sich alle Besucher/innen einer Leibesvisitation unterzögen, keine (traditionellen) Feuer entzündet, keine kurdischen Nationalfarben (grün – gelb – rot) getragen und keine Parolen gerufen würden. In Diyarbakir, wo wir an der Veranstaltung teilnahmen, war diese nur auf einer halbwegs befestigten Freifläche ca. 10 km außerhalb der Stadt zugelassen worden. Auf Ersuchen des Veranstalters, der HADEP, erklärten daraufhin sämtliche Taxi-, Minibus- und sonstige Transport-

## Türkische Armee fällt in Südkurdistan ein

Bundespräsident Rau befand sich in der Türkei. Bei all seinen kleinen Klagen über den Zustand von Menschenrechten, Folter und Todesstrafe in der Türkei und Aussagen über den langen Weg der Türkei in die EU – Rau protestierte nicht als Vertreter einer der Nato-Großmächte und Partner der Türkei gegen den neuerlichen Überfall der türkischen Armee auf Südkurdistan. Nicht eine klitzekleine Kritik ließ er von sich hören.

In den ersten Apriltagen bauten türkische Pioniere Panzerbrücken über die Flüsse an der Grenze des Nordirak. Rund 50.000 Soldaten wurden in den Grenzprovinzen Hakkari und Sirnak zusammengezogen. Es kündigte sich somit seit Tagen eine erneute Invasion nach Südkurdistan an. Seit einer Woche ist die türkische Armee nun mit mindestens 10.000 Soldaten und Dorfschützern, unterstützt von Kampfhubschraubern, schwerer Artillerie sowie Panzern nach Südkurdistan eingefallen. Unterstützung soll die türkische Armee auch von der irakischen KDP erhalten. Das gesamte Grenzgebiet ist gesperrt worden. Zur gleichen Zeit findet parallel eine Militäroperation in dem Gebiet Dersim (Tunceli) und Bingöl statt, an der rund 10.000 Soldaten und Kampfhubschrauber beteiligt sind.

Laut Militärführung befänden sich in dem Grenzgebiet des Irak Stellungen von rund 7.000 PKK-Kämpfern. Ein Ziel der Militäroperation sei es, so ein Armeesprecher aus Tunceli, endlich einen etwa zehn Kilometer breiten „Sicherheitsstreifen“ entlang der türkisch-irakischen Grenze auf dem Gebiet des Irak zu besetzen. Auf der anderen Seite stoßen die schweren Panzer über die Grenzstadt Zakhu nach Dahuk und von dort Richtung Kirkuk vor. Türkische Kampfflugzeuge bombardieren täglich mehrmals das Grenzgebiet. Mit diesem Angriff soll laut Militärführung (wieder einmal) der PKK der letzte Stoß versetzt, diese endgültig zerschlagen werden. Von größeren Gefechten mit der PKK-Guerilla ist bisher nichts zu hören.

Auf jeden Fall wird deutlich, dass ein großer Teil der Armeeführung und der türkischen Eliten weiter auf die gewaltsame Lösung des Konflikts setzen. Sie wännen sich als Sieger, nachdem die PKK ihre bewaffneten Einheiten zurückgezogen und den bewaffneten Kampf für beendet erklärte. Auf ihrem vor kurzem beendeten Kongress legte die PKK ein Programm vor, in dem sie die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Türkei und Schritte zur Beendigung des Krieges, der Rückführung von Flüchtlingen, des Wiederaufbaus der Dörfer, der Entmilitarisierung der kurdischen Provinzen, Generalamnestie usw. entwickelt. Dies scheinen türkische Armee- und Staatskräfte als Sieg über die kurdische Bewegung aufzufassen. Nach einem kurzen Intermezzo rund um

die Aufnahme der Türkei als Beitrittskandidat zur EU greifen sie wieder zu den Mitteln der Unterdrückung. Sie demonstrieren, dass sie eine Änderung des kemalistischen Systems, dass sie Zugeständnisse und Reformen egal welcher Art strikt ablehnen. Dazu gehört auch, dass Ministerpräsident Ecevit in einer Rede das Kurdische wieder zu einem türkischen Dialekt machte, dass der türkische Menschenrechtler Birdal wieder in Haft genommen wurde, dass die kurdischen HadeP-Bürgermeister, die auf den Newrozkundgebungen kurdisch gesprochen haben, angeklagt werden usw. Die türkische Oppositionspresse und die HadeP sprechen mittlerweile von einer „Offensive des dunklen Staates“.

Im Gegensatz zu den Militärinvasionen nach Südkurdistan der vergangenen Jahre schweigt der größte Teil der Medien. Journalisten sind bei dieser Operation nicht zugelassen. Im Wesentlichen wird es derzeit um die Besetzung größerer Teile Südkurdistans im Grenzgebiet gehen, was die PKK in den letzten Jahren immer verhindern konnte. Die PKK-Kommandanten Karasu und Bayik erklärten, dass die türkische Operation die begonnene Entwicklung gefährde. Die PKK-Kämpfer würden sich im Falle eines Angriffs zur Wehr setzen. Das gälte für alle, egal ob in Südkurdistan oder in der Türkei. Verschiedene türkische Kommentatoren warnen „die Kräfte des dunklen Staates“ vor Siegesgeschrei, sie verweisen auf die kraftvolle Demonstration des kurdischen Bewe-

rub

unternehmen, dass sie den ganzen Tag über die Bevölkerung aus der Stadt und den umliegenden Dörfern kostenlos zum Veranstaltungsort bringen und wieder abholen würden. Angesichts dessen, dass mindestens die Hälfte der Stadtbevölkerung (ca. 1,5 Millionen) völlig mittellose Flüchtlinge aus zerstörten Dörfern sind, wäre ohne diese Aktion einem Großteil der ca. 300.000 Teilnehmer/innen ein Besuch der Veranstaltung nicht möglich ge-



**Die Europaabgeordnete der PDS Felek Uca (Bild) überbrachte auf kurdisch Grußworte und wurde begeistert gefeiert.**

wesen, zumal es keine öffentlichen Verkehrsmittel dorthin gibt und allen Fuhrunternehmern unter Straf- bzw. Lizenzentzugsandrohung verboten war, Personen zum Veranstaltungsort zu befördern. Der Zugang zu diesem Platz war von dicht gestaffelten Polizeiketten gesäumt. Alle Teilnehmer/innen mussten sich abtasten lassen. Teilnehmer/innen unserer Delegation wurde von Polizisten in deutscher Sprache „Raus aus der Türkei!“ zugerufen. Auf dem riesigen freien Areal wehten ausschließlich die gelb-blauen Schmetterlingsfahnen der HADEP. Über der Bühne und der Ehrentribüne hingen Spruchbänder mit der Aufschrift „Newroz: Frieden, Brüderlichkeit, Freiheit“. Die festlich gekleideten Menschen tanzten in großen Kreisen zum Klang der kurdischen Trommeln und Flöten (Davul und Surna) um die verschiedenen Newroz-Feuer herum traditionelle kurdische Tänze, immer wieder unterbrochen von den ausschließlichen, einheitlich und nahezu inbrünstig skandierenden Parolen: „Biji Newroz, biji HADEP“ (‘biji’ heißt auf kurdisch ‘es lebe’) und „Azadi – Asiti!“ (Freiheit – Frieden). Dazu wurden neben musikalischen Darbietungen prominenter Künstler/innen aus der ganzen Türkei vielbeklatschte Reden gehalten, so von dem HADEP-Gesamtvorsitzenden aus Ankara und vielen anderen. Besonders stürmisch bejubelt wurden die verlesenen Grußbotschaften der ehemaligen Abgeordneten des Türkischen Parlaments Leyla Zana, die sich seit 5 Jahren im Gefängnis befindet, und Ali Sapan, dem ehemaligen Europasprecher der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), der sich als Kommandant mitsamt seiner Guerilla-Einheit im Sommer 99 zum Beweis des unbedingten Friedenswillens der PKK an den türkischen Generalstab sowie den türkischen Staatspräsidenten Demirel überbrachte und sich seither mit seiner Einheit in einem türkischen Gefängnis befindet. Die

pausenlos über die Versammlung hinweg donnenden F16-Jagdbomber wurden demonstrativ ignoriert, während sich den immer wieder die Runden drehenden Kampfhubschraubern Hunderttausende zum Siegeszeichen geformte Finger entgegenstreckten.

Nach fünfstündigem Festverlauf führten die Menschenmassen in Bussen, auf den offenen Ladeflächen von LKWs und Traktor-Anhängern sowie in Taxen und Minibussen – HADEP-Parolen rufend und HADEP-Fahnen schwenkend – friedlich, fröhlich und entschlossen wieder nach Hause. Unser Hotelier begrüßte uns mit Tränen in den Augen und sagte, dass er 58 Jahre alt sei und in seinem ganzen Leben zum ersten Mal ‚normal‘ habe Newroz feiern können. Ähnliches hatten viele hundert Menschen während der Veranstaltung gesagt, die uns als den wenigen anwesenden Europäern/innen immer wieder die Hände schüttelten und uns baten, doch unbedingt in Europa zu berichten, dass das kurdische Volk nichts anderes wolle als Frieden und Freiheit sowie in Brüderlichkeit mit dem türkischen Volk zu leben, dass es aber unerträglich sei, dass insbesondere aus Deutschland die Hilferufe um Unterstützung für das elementarste Recht eines Volkes auf Leben immer nur mit neuen Waffenlieferungen an die türkische Regierung beantwortet würden.



In Istanbul erfuhren wir, dass die Antwort des türkischen Staates trotz einer minimalen Abschwächung der Repression weiterhin darin bestünde, kurdische Theateraufführungen zu verbieten bzw. ihnen die räumliche oder finanzielle Existenzgrundlage zu entziehen, dass von 40 produzierten kurdischen Musik-Kassetten 36 in den Ausnahmezustandsgebieten verboten seien, dass die mesopotamischen Kulturvereine in Diyarbakir und Urfa geschlossen wurden, dass die Tageszeitung BAKIS in den kurdischen Gebieten gerade verboten worden war, dass sie zudem nach erst einjährigem Bestehen bereits mit über 100 Verbotssurteilen und aberwitzigen Geldstrafen belegt worden sei.

**Z**ur allgemeinen Lebenssituation lässt sich zusammenfassend feststellen,

dass in allen kurdischen Großstädten wie in Diyarbakir, Batman, Van u.a. Hunderttausende kurdischer Flüchtlinge in den über Nacht gebauten Notunterkünften ohne Strom, Wasser, Kanalisation und ärztliche Versorgung unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Dasselbe trifft übrigens auch für viele Metropolen im Westen der Türkei, insbesondere Istanbul und Adana, zu. Die Kommunalverwaltungen, die ohnehin nur 6% des türkischen Staatshaushaltes zur Verfügung gestellt bekommen, werden in den kurdischen Gebieten seit dem HADEP-Wahlsieg nur mit einem Drittel der ihnen eigentlich zustehenden Gelder bedacht. Dies wird dadurch legitimiert, dass bei der bevölkerungsanteiligen Bemessungsgrundlage der Zuweisungen die nichterfassten Flüchtlinge, die oft die Hälfte der Bevölkerung oder mehr ausmachen, nicht berücksichtigt werden und die überfälligen Schulden früherer Kommunalverwaltungen nun plötzlich eingefordert bzw. einbehalten werden. Die Folge ist, dass die Gehälter öffentlich Bediensteter meist ebenso wenig bezahlt werden können wie die notwendigen Ausgaben für Müllabfuhr, Kanalisation, Frisch- und Brauchwasserver- bzw. -entsorgung, Kindergärten sowie Gesundheitsstationen. (Polizei, Schulwesen und Krankenhäuser unterstehen nicht den Kommunalverwaltungen, sondern den je-

weils zuständigen Zentralministerien in Ankara). Trotz der für europäische Verhältnisse geradezu grotesken Mittellosigkeit ihrer Verwaltungen haben sich die Angestellten überall bereiterklärt, weitgehend unentgeltlich für ihre Stadt und ihre Stadtverwaltung zu arbeiten, weil diese von der HADEP gestellt werden, also sie selber seien, und, wie wir immer wieder hörten: „Das Volk ist die HADEP, die HADEP ist das Volk!“

Aus all diesem direkt Erlebten und zutiefst betroffenen

von der Realität des kurdischen Volkes in der Türkei richten wir, die Teilnehmer/innen dieser Delegation, die nachstehenden Forderungen an die Verantwortlichen der Politik unseres Landes:

- Einstellung jeglicher direkter und indirekter Waffenlieferungen an die Türkei,
- Unterstützung des Friedensprozesses in der Türkei durch Einflussnahme auf die Türkische Republik, die Menschenrechte, die Pressefreiheit u.a. Grundrechte zu achten und den Ausnahmezustand überall in den kurdischen Gebieten formal und tatsächlich aufzuheben,
- Anteilnahme an den Friedensbemühungen des kurdischen Volkes durch Entsendung internationaler Delegationen und Berichte über deren Erlebnisse in den Medien.





## Bolivien: Proteste gegen Ausnahmezustand

*Im Zusammenhang mit dem am Wochenende in Bolivien ausgerufenen Ausnahmezustand hat es zahlreiche Gegenaktionen gegeben. Auslöser für die Protestaktionen ist eine neues Gesetz, wonach die Bauern künftig Gebühren für das Wasser entrichten müssen, das sie bisher kostenlos erhalten. Die Bauern kritisieren, dass die Bezahlung des Wassers durch die Privatisierung der Wasserversorgung verursacht wird. Direkt greifen sie ein 200 Mio. Dollar teures Wasserversorgungsprojekt an, das von ausländischen Firmen getragen wird, die sich Wasserversorgung der Stadt Chocabamba unter den Nagel gerissen haben. (Bild:ND)*

## Ungarn: Keine Hilfe von EU

Ungarns Fischereiwirtschaft muss nach den beiden verheerenden Giftunfällen der vergangenen Monate mit Schäden in Höhe von 6,5 Mio. US-Dollar rechnen. Mit diesen Ausgaben steht Ungarn bisher aber alleine da. Niemand will für den Schaden aufkommen. Von Rumänien sind keine Kompensationszahlungen zu erwarten, weil hier auch kein Geld vorhanden ist. Die für das Giftunglück verantwortliche australische Firma hat sich sozusagen aus dem Staube gemacht und Konkurs angemeldet. Nun wandte sich der EU-Beitrittskandidat Ungarn an die Europäische Kommission um Unterstützung. Aber auch die hilft jetzt im Ernstfall nicht weiter. Die EU-Kommission hat Ungarn erklärt, dass keine EU-Hilfsgelder fließen werden, weil die geschädigten Kommunen nicht den von der EU geförderten Eigenanteil beisteuern können. Ist man erst mal arm, bleibt es auch so. Fatal wird die Situation durch einen Vorstoß der ungarischen Rechten, die eine rumänische Verschwörungstheorie zusammenzimmern und eine Kriegshetze entfachen. Istvan Czurka, Vorsitzender der rechten Partei des „ungarischen Lebens und Wahrheit“, warf den Rumänen in einer Parlamentsrede „einen nicht erklärten, offensiven Krieg gegen den ungarischen Lebensraum“ vor. Sie wollten „die Ungarn bewusst ausrotten“. Die sich häufenden offen nationalistischen Reden im ungarischen Parlament sind nun auch in einem Bericht des Europäi-

schen Komitees gegen Rassismus (ECRI) kritisiert worden. Die Politiker bedienten sich „verschlüsselter antisemitischer und fremdenfeindlicher Ausdrücke“. Gleiches sei „in anderen Teilen der ungarischen Gesellschaft und in den Medien“ zu beobachten.

## Tschechien: Direkt und real

Von den 145 Mrd. Kronen, die angeblich im letzten Jahr von ausländischen Investoren direkt in die tschechische Wirtschaft investiert wurden, stellen 120 Mrd. den Verkaufserlös für staatliche Banken und für den staatlichen Anteil an tschechischen Grossunternehmen an ausländische Firmen dar. Die einzige reale Investition von größerem Umfang waren die 3 Mrd. Kronen, die VW in ein neues Motoren- und Getriebewerk bei Skoda Auto investierte. Nach dem selbem Muster wird es in diesem Jahr weitergehen: es werden ausländische Investitionen in Höhe von 250 Mrd. Kronen erwartet; davon werden voraussichtlich 220 Mrd. Durch den Verkauf (zu Schnäppchenpreisen) der Tschechischen Sparkasse, der Kommerzbank, der Tschechischen Radiokommunikationsgesellschaft, der Tschechischen Telekom und einiger kleiner Unternehmen an ausländische Firmen hereinkommen. Die einzige reale Investition wird wieder von VW kommen: diese will weitere 15 Mrd. Kronen in das Skoda-Motorenwerk investieren. (Quelle: Deutsch-Tschechische Nachrichten 18/2000)

## EU-Osterweiterung: Keine Chance für die Landwirtschaft

In den Landwirtschaftsverhandlungen mit den ersten sechs Beitrittsanwärtern fährt die europäische Kommission einen harten Kurs. Das zeigen die noch unveröffentlichten Empfehlungen an die EU-Außenminister für eine gemeinsame Verhandlungsposition der EU-Mitgliedstaaten. Harsch werden die Forderungen Polens zum Schutz der eigenen Landwirtschaft abgelehnt. Der freie Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten müsse „vom Tag des Beitritts an“ auch für die Landwirtschaft gelten, heißt es in dem Kommissionsdokument. Abgelehnt wird die von der polnischen Regierung geforderte Schutzklauselregelung, die Polen das Recht gäbe, noch fünf Jahre nach Beitritt zur EU Schutzzölle gegen Agrareinführen zu erheben. Ebenso fordert der Kommissionsbericht auch die sofortige Abschaffung aller Sondervergünstigungen für die polnische Landwirtschaft. Für die nach EU-Vorschriften verbotenen Subventionen will die Kommission keinerlei Ausnahmen dulden.

## Slowenien: Regierungskrise

Slowenien steht nach einem Bruch der Regierungskoalition vor einem Machtwechsel. Um einer mehr rechtsorientierten Regierung den Weg zu bereiten, verweigerte die Volkspartei (SLS) dem liberaldemokratischen Ministerpräsidenten Janez Drnovsek bei einer Vertrauensabstimmung im Parlament die Gefolgschaft. Binnen 30 Tagen muss ein neuer Ministerpräsident ernannt werden oder es stehen Neuwahlen an. Die slowenische Nachrichtenagentur STA berichtete, innerhalb des rechtsorientierten Bündnisses „Slowenischer Frühling“ habe es Gespräche über eine Regierungsbildung gegeben.

## Regierungskrise in Lettland

In Lettland ist Ministerpräsident nach der Entlassung des Wirtschaftsministers, Makarov, unter Druck geraten. Der Wirtschaftsminister wurde entlassen, nachdem er dem Chef der Privatisierungsagentur, Naglis, das Zeichnungsrecht entzogen hat. Hintergrund ist, dass dem Ministerpräsidenten Skele vorgeworfen wird, dass er die Privatisierungsagentur nutzt um auf eigene Rechnung sich ehemals staatliche Firmen anzueignen. Skele kontrolliert den nach der Ölindustrie mächtigsten Lebensmittelkonzern „Ave Lat“. Skele wird vorgeworfen seine Stellung als Regierungschef zugunsten eigener geschäftlicher Interessen auszunutzen. Dazu gehören die für ihn Gewinn bringende Teilnahme an der Privatisierung von Staatsbetrieben und die undurchsichtige Übertragung von Lebensmittelunternehmen in eine Holding.

*Zusammenstellung: hav*

AUGSBURG. Mitglied des Bayerischen Jugendrotkreuzes fügten am 8. April auf dem Augsburger Rathausplatz 6500 Postkarten zu einer „Kette gegen Unmenschlichkeit“ aneinander, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für ein Rekrutierungsverbot minderjähriger Soldaten einzusetzen. Die in Schwaben gesammelten Postkarten sollen Anfang Mai in Regensburg dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Kolbow, überreicht werden. Weitere 20000 Karten sind bereits aus ganz Deutschland nach Berlin geschickt worden. In mehr als 25 Ländern der Erde gibt es Soldaten, die noch keine 18 Jahre alt sind. Auch in Deutschland können sich 17-Jährige schon freiwillig zur Bundeswehr melden. *az*



## Maifest der Kulturen gegen NPD-Demo in Berlin-Hellersdorf

BERLIN. Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht Berlin keine gerichtsfezte Begründung ermitteln können, um den bundesweiten Aufmarsch der Nazis zum 1. Mai in Berlin-Hellersdorf zu unterbinden. Nach Innensenator Eckart Werthebach (CDU) habe das Gericht eine solche Möglichkeit „auf eine Gefahrenprognose eingeschränkt.“ Die NPD habe gute Rechtsberatung bei der Anmeldung. Die Anmelder seien nicht vorbestraft, gegenüber der Polizei zeigen sie sich gesprächsbereit und einsichtig. Das Landesamt für Verfassungsschutz rechne mit einer starken Beteiligung, könne aber „keine Fakten liefern“, die ein Verbot begründen würden. Der Präsident des Landesamtes (LfV) geht davon aus, dass bei solchen Aufmärschen eher Gewalt von der autonomen Szene ausgehe. Sie entstehe durch Hochschaukeln linker und rechter Fanatiker.

Die PDS kritisierte diese Einschätzung und sprach von einer unzulässigen Vermischung von Ursache und Wirkung. Hinsichtlich von Gewalttaten hinterfrage das LfV offenbar seine eigenen Daten nicht und komme so zu Fehleinschätzungen. Das rechtsextreme Spektrum erreiche etwa 15% der Menschen und beabsichtige nun offenbar, die Straße zu erobern. Die Zahlen, die das LfV vorlegt, bestätigen das: Die Skinhead-Szene habe sich zu 1998 um 10% vergrößert, die Zahl der NPD-Mitglieder ist um 5% gestiegen, auf 220 Personen insgesamt.

In Hellersdorf hat sich gegen die Absichten der Neonazis ein breites Bündnis formiert. Es ist Konsens aller in der BVV vertretenen Parteien, dass ein Zeichen für ein tolerantes Hellersdorf gesetzt werden muß. PDS-Bürgermeister Uwe Klett erklärte, dass „das Brandenburger Tor am 1. Mai dieses Jahres in Hellersdorf steht.“ Das Bündnis ruft dazu auf, ein Zeichen gegen Neofaschismus und für Toleranz zu setzen. Alle Landesparlamentarier aus Hellersdorf haben sich dieser Initiative

angeschlossen. Das Bezirksamt Hellersdorf ist der Organisator des „Festes der Kulturen.“ Bürgermeister Klett ruft die Menschen auf, zum „Fest der Kulturen“ zu erscheinen. Denn „je mehr Menschen zu unserem Fest kommen, um so kleiner wird die Möglichkeit zu Gewalt und Provokationen“ der Neonazis. Er ist sich sicher, dass Politiker und Gewerkschafter an diesem Tag die Veranstaltung des Bündnisses gegen Rechts besuchen werden. Zentraler Platz ist der Alice-Salomon-Platz, wo prominente Künstler, Schülerbands und Theatergruppen auftreten werden. Klett betonte in einer Stellungnahme weiter, dass alles getan werde, um rechtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um die NPD-Veranstaltung zu verbieten. *abe*

## Demo gegen Flughafenausbau

FRANKFURT/MAIN. Rund 4000 Menschen haben am 25. März in der Frankfurter Innenstadt gegen einen erneuten Flughafenausbau protestiert. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Römerberg sagte Klaus Franz vom Opel-Betriebsrat, durch eine Erweiterung würden Zehntausende Anwohner einem gesundheitlichen Super-Gau ausgesetzt. Ganze Gemeinden würden durch Fluglärm unbewohnbar. Der Hinweis auf neue Arbeitsplätze sei ein „menschenverachtendes Totschlagsargument“ mit nicht beweisbarer Größenordnung. *frankfurter info Nr. 8*



## Grünen-Antrag: Ehrenbürgerwürde für Kardinal Faulhaber aberkennen

MÜNCHEN. Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste hat am 22. März in einem Antrag den Stadtrat aufgefordert, Kardinal Michael Faulhaber (1917-1952 Erzbischof von München und Freising) die 1949 verliehene Ehrenbürgerwürde abzuerkennen. Außerdem forderte die Fraktion eine Umbenennung der nach ihm benannten Straße in München. Im Wesentlichen beruht sich der Antrag auf ein kürzlich erschienen Buch (Rudolf Reiser, Kardinal Michael Faulhaber – Des Kaisers und des Führers Schutzpatron, Buchendorf Verlag, 2000). Darin wird der Kardinal als unerschütterliche Stütze Hitlers und als Antisemit dargestellt. Die CSU schäumt. Sie wirft den Grünen einen „grenzenlosen Hass auf alles Katholische“ vor und greift die rot/grüne Stadtregierung an, die bereits die Ehrenbürgerschaft für Kardinal Ratzinger „schäbig verweigert“ habe. Der Antrag der Grünen wurde erst einmal gestoppt. Der Münchner OB Ude (SPD) schreibt in einem Brief an den Münchner Kardinal Wetter, er habe das Stadtarchiv um eine Stellungnahme gebeten. *Münchner Lokalberichte*

## Antifa widersetzt sich Straßen- umbenennungen in Berlin-Treptow

BERLIN. Der ANTIFA-Treptow-Bund der Antifaschisten e.V. widersetzt sich in einer Erklärung strikt den Absichten, Namen ermordeter Antifaschisten aus dem Straßenbild des Stadtbezirkes zu tilgen. In der BVV Treptows wurden entsprechende Vorschläge zur Umbenennung von Straßen mit Namen von Antifaschisten zunächst in den Kulturausschuss verwiesen. Die mit den Straßennamen geehrten aktiven Antifaschisten Kunger und Grünberg wurden 1942 bzw. 1943 in Berlin-Plötzensee ermordet. Die geplanten Umbenennungen seien „historisch und politisch nicht zu rechtfertigen“ heißt es in der Erklärung. *abe*

## Das Staps-Spiel geht weiter

BERLIN. Wie das ND am 5. April berichtete, hat sich der Bombendroher Staps aus dem „Untergrund“ gemeldet. Mit einer Diskette im ND-Briefkasten machte er wieder auf sich aufmerksam und erklärte, dass er zu keiner Zeit über Maschinenpistolen oder Handgranaten verfügt habe. Staps hatte bekanntlich vor der LL-Demo, die am 9. Januar in Berlin stattfinden sollte, publik werden lassen, dass er ein Blutbad anrichten wolle. Die Demo war daraufhin von der Polizei verboten worden. Staps relativierte nun seine Absicht und erklärte, dass er nicht gegen die Demo vorgegangen wäre, sondern vielmehr gegen eine interne PDS-Veranstaltung „unangekündigt agiert“ hätte. Über seine gegenwärtige Situation – so schreibt ND – habe er sich nicht geäußert. Das Blatt vermutet, dass Staps sich in Berlin aufhält. Er bitte die Behörden – für den Fall, dass er gefasst würde, – um Nachsicht. Seine Drohung sei nur Notwehr gewesen. Eine direkte Absicht, gegen die Demo vorzugehen, habe er nicht gehabt. Die Polizei fahndet ihrerseits seit mehr als einem halben Jahr vergeblich nach Staps. *abe*

## Studierende für freie Fächerwahl

AUGSBURG. Der Fachbereichsrat Gestaltung an der Fachhochschule (FH) Augsburg griff zu harten Mitteln, um eine Höchstzahl von Kursteilnehmern durchzusetzen. Bisher hatten bis zu 20 Studierende an einem Kurs teilgenommen, jetzt sollten es nur noch 7 sein. Sobald diese Grenze erreicht wäre, würden die weiteren Interessenten in andere Kurse umgeleitet. Drei Tage lang (vom 28. bis 30. März) protestierten die Studierenden im Hauptstudium Kommunikationsdesign dagegen. „Wir sind doch keine dummen Kälber. Was wir wollen, wähl'n wir selber“, so ihre Losung. Durch diese Maßnahme verlängere sich das Studium und die FH werde für Studienanfänger unattraktiv. Die Dekanin und der FH-Präsident lenkten nicht ein. Als die Proteste das Wissenschaftsministerium erreichten, kam zumindest eine kleine Reaktion. Das Ministerium machte der FH klar, dass es den Studierenden die Fächerwahl nicht vorschreiben kann. *bas*



## Aktion gegen CASTOR-Transporte

NECKARWESTHEIM/KIRCHHEIM. Unter massivem Polizeischutz wurden am 23. März drei neue CASTOR-Behälter im AKW Neckarwestheim angeliefert. Mehrere Hundertschaften von BGS und Polizei sicherten den Transport mit Wasserwerfern, Räumfahrzeugen und ähnlichem Gerät. In Kirchheim gelang es einigen der ca. 30 Demonstranten, auf die Straße zu kommen und den Transport zu stoppen. 6 Personen wurden mit Handschellen vorübergehend in Gewahrsam genommen. Hinter der Brücke wurde der Transport von einer Einzelperson erneut gestoppt. Dieser wurde nach Ludwigsburg in eine anscheinend vorbereitete Gefangenensammelstelle neben der dortigen Bezirksstelle für Asyl gebracht und erst um 19 Uhr freigelassen. Am Abend demonstrierten in Kirchheim ca. 70 AKW-GegnerInnen für das sofortige Abschalten aller Atomanlagen, gegen Zwischenlager und Castor-Transporte. *kbs*

## Polizeirazzia im Kurdistan-Zentrum

MANNHEIM. Wir berichteten in den letzten PB vom friedlichen Newroz-Fest auf dem Mannheimer Marktplatz. Niemand konnte ahnen, dass nur 3 Tage später die Polizei das Kulturzentrum Kurdistan überfällt und 44 Menschen festnimmt. Das Kulturzentrum protestiert dagegen und berichtet: „Sie nahmen sie in polizeiliches Gewahrsam und behandelten sie erkennungsdienstlich. 42 Personen wurden im Laufe des Abends und der Nacht wieder freigelassen. Gegen 2 immer noch inhaftierte Personen wurde ein Haftbefehl ausgestellt. Bei der einen Person sollen die Ausweispapiere nicht in Ordnung sein, bei der anderen Person, Galat Kesbir, soll es sich um einen PKK-Funktionär handeln, dem allein wegen der angeblichen Zugehörigkeit zu dieser Partei pauschal unaufgeklärte Straftaten zur Last gelegt werden. Wenn Herr Kesbir ein angeblich gesuchter Straftäter sein soll, warum wurde er nicht schon vorher festgenommen? Herr Kesbir lebt mit seiner Familie legal und mit gemeldeter Adresse schon lange in Deutschland ... Die am 23.3. im Kulturzentrum Kurdistan verhafteten Menschen beteiligten sich an einer Diskussionsveranstaltung, in der über die Lage in Türkei und Kurdistan und über politische Lösungsmöglichkeiten des Konflikts bera-

ten wird. Die Veranstaltung wurde geleitet von dem bekannten kurdischen Journalisten Ali Aktas. Es beteiligten sich u.a. Vertreter von verschiedenen Organisationen an der Diskussion. Veranstaltungen dieser Art werden zur Zeit in den meisten kurdischen Vereinen durchgeführt. Für einen Friedensprozess halten wir die Durchführung solcher Veranstaltungen für unbedingt notwendig.“

Wir inzwischen bekannt wurde, plant die Staatsanwaltschaft gegen die 42 wieder frei gelassenen Personen ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz (Tätigkeit für eine verbundene Organisation sprich PKK) einzuleiten. Allen Friedensbekundungen der PKK und anderer kurdischer Organisationen zum Trotz wird von den bundesdeutschen Behörden die Kriminalisierung kurdischer Menschen weiterhin verfolgt. *scr*

## Horst Mahler mußte aus der Innenstadt weichen

FRANKFURT/MAIN. Zum wiederholten Mal wollten Horst Mahler und die „Bürgerbewegung für unser Land“ ihre rassistischen und antisemitischen Hetzparolen in die Frankfurter Innenstadt tragen. Erfreulicherweise ist ihnen das am Samstag, den 25. März, nicht gelungen. Etwa 500 AntifaschistInnen versperrten ihnen den Zugang auf den Börsenplatz, bis sie schließlich aufgaben und sich mit Taxis an einem geheimen Ort verzogen. Mit ihrer Hetzpropaganda stößt die „Bürgerbewegung“ im rechten und neofaschistischen Spektrum auf offene Ohren und dient damit als Bindeglied in der radikalen Rechten. *udi*

## Protest gegen Republikaner

TIENGEN. Die Landtagsfraktion der Republikaner hatte aus Anlass ihrer Aktion „Fraktion vor Ort“ zu einer Versammlung nach Tiengen eingeladen. OB Böhme hatte einen Empfang der Republikaner abgelehnt, was den Freiburger Polizeichef nicht davon abhielt, die Landtagsfraktion der Reps zu empfangen. Polizeipräsenz war dann am Veranstaltungsort auch von Nöten. Denn unter sich blieben Reps und Anhänger keineswegs. Ein Aufruf mobilisierte zum Protest. *an-az*



Eine Zeitschrift, die das Lesen lohnt:

Business Class – Economy Class – **deportation.class!**

Unter dem Namen *deportation.class* greift die Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ die Abschiebep Praxis der deutschen Behörden auf. Besondere Beachtung erfährt die Deportation von Flüchtlingen auf dem Luftweg. Daran maßgeblich beteiligt ist die Lufthansa. Ihrem Beitrag auf dem Gebiet der Hilfestellung zur Zerstörung von Menschenleben sind in der März Ausgabe verschiedene Artikel gewidmet. Schon früh verstand sich die Fluglinie als Organ der Kriegswirtschaft und Kriegsvorbereitung. Ein Umstand, der es rentiert, genauer betrachtet zu

werden. Eines ihrer aktuellen Geschäftsfelder erstreckt sich auf die Abschiebung von Flüchtlingen. Auch hiermit ist Geld zu machen. Aber nicht nur die Rolle der Lufthansa wird beleuchtet, auch wenn speziell sie in einer Kampagne angegriffen wird.

Ein weiterer Schwerpunkt des Organs ist die Berichterstattung über Maßnahmen der Gegenwehr. Dazu zählt sowohl die Arbeit von Selbsthilfeorganisationen Betroffener als auch eine Schilderung der Möglichkeiten für Passagiere, Abschiebungen per Flugzeug zu vereiteln. Man erfährt als Hintergrundwissen, daß nach dem Tokioter Abkommen und dem deutschen Luftverkehrsgesetz alleine der Flugkapitän Inhaber der Bordgewalt ist, d.h. sobald die Türen geschlossen sind, haben Bundesgrenzschutzorgane auch auf deutschem Boden keine hoheitlichen Rechte mehr. Der Flugkapitän ist direkt für die erfolgreiche Abschiebung zuständig, und die Hohenheitsbeamten gelten als dessen Erfüllungsgehilfen. Sogar die aller fortschrittlichen Tendenzen unverdächtige Gewerkschaft der Polizei weist darauf hin, daß Passagiere, die eine gewaltsame Abschiebung im Flugzeug dulden, sich der unterlassenen Hilfeleistung strafbar machen. Rein rechtlich gesehen jedenfalls. Wichtig ist auch der Hinweis, daß lautstarker Protest die Weigerung, sich zu setzen unter Umständen eine Abschiebung platzen lassen können. (die)



## Go-In und Kundgebung bei Lufthansa-Ausbildungszentrum

SEEHEIM/DARMSTADT. Dreißig AktivistInnen des Netzwerks „kein mensch ist illegal“ protestierten 7. April am und im zentralen Ausbildungszentrum der Lufthansa in Seeheim-Jugenheim bei Darmstadt „gegen das unmenschliche Geschäft mit den Abschiebungen“. Die DemonstrantInnen besuchten die Cafeteria sowie die Seminarräume, um die Gäste und Angestellten u.a. mittels der Zeitung „deportation.class“ über die Abschiebep Praxis und die bedeutende Rolle der Lufthansa darin zu informieren. Anschließend wurden in einer kurzen Kundgebung mittels Lautsprecher vor den im Ausbildungszentrum integrierten Hotelgebäuden lautstark alle Lufthansa-Mitarbeiter aufgefordert, sich gegen die Beteiligung der Lufthansa zu engagieren.

Konkrete Forderungen wurden an die für das Trainingsprogramm 2000 der Lufthansa zuständigen Bereichsleiter gestellt: Von Iris Schwarz, zuständig für Training der Lufthansa Passage Airline, wurde gefordert, die Menschenrechtsverletzungen im Abschiebengeschäft sowie die Geschichte des „Kranich unterm Hakenkreuz“ im sogenannten „Lufthansa Lernway“ aufzunehmen. An Ulrich Klein, verantwortlich für „Media on De-

mand“, erging die Empfehlung, die von „kein mensch ist illegal“ eingerichtete Homepage „deportation-alliance.com“ in das „web-based Training“ der Lufthansa einzubeziehen. Und Petra Euler, im Bildungszentrum zuständig für Personal- und Organisationsentwicklungssysteme, solle „die Frage der Bordgewalt in die juristischen Lehrgänge aufnehmen“ sowie „die Möglichkeiten der Verweigerung von Abschiebungen erörtern“ lassen. Zum Abschluß der Aktion kündigte der Kundgebungsredner von „kein mensch ist illegal“ an, es würden bundesweit solange weitere Aktionen folgen, bis die Lufthansa ihr Abschiebengeschäft aufgabe. Eine weitere Aktion im Rhein-Main-Gebiet stehe bereits fest: für Samstag, den 27.5.2000, ruft „kein mensch ist illegal“ auf zur Teilnahme an einer Kundgebung im Lufthansa-Terminal am Frankfurter Flughafen – Anlaß: der erste Todestag des in einer Lufthansa-Maschine getöteten sudanesischen Flüchtlings Amir Ageeb.

„kein mensch ist illegal“, c/o AG3F, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Tel. 0172-6688454 Fax 06181-184892. Email: grenze@ibu.de; <http://www.deportation-alliance.com>

**Nach dem Schock über das Versagen der rot-grünen Regierungskoalition stellen sich langsam die ausserparlamentarischen Kräfte**



Hamburg

## Erfolgreiche Protestvorführungen im

„Ausgebremst auf afrikanisch“, so titelte die Hamburger Rundschau in ihrer aktuellen Wochen-Ausgabe auf der ersten Seite. Hintergrund war die erneute Vorladung von Flüchtlingen mit angeblich „ungeklärter Nationalität“ zur Feststellung von deren Identität und „zur Ausstellung von Heimreisedokumenten“.

Seit August letzten Jahres waren bereits Botschaftsvertreter von der Elfenbeinküste, aus Liberia, Guinea, dem Kongo und Gambia in Hamburg, alles afrikanische Staaten, in denen nachweislich nach wie vor blutiger Bürgerkrieg herrscht. Die Erfahrungen mit diesen Vorführungen zeigten, daß dabei massiv gegen geltendes Recht verstoßen wurde. So wurden Begleitpersonen (RechtsanwältInnen, Vormünder und BetreuerInnen) nicht zugelassen oder erhielten Redeverbot, die am Verhör teilnehmenden Personen wurden nicht vorgestellt, Datenschutzvorschriften wurden nicht eingehalten, und die Kriterien für die „Identifizierung“ der Vorgeladenen bleiben im Dunkeln. Es wurde bekannt, daß massiver Druck auf die afrikanischen Regierungen ausgeübt wird, an Abschiebungen mitzuwirken. Die Drohungen reichen von der Streichung von Entwicklungshilfe bis zur Schließung von Botschaften. Als Zuckerbrot werden die eingeflogenen

**rischen Bewegungen auf die neue Lage ein. Sie suchen und finden die Zusammenarbeit mit den Opfern der Staatspolitik.**



## ste gegen Zwangs-Ausländeramt

Botschafter dafür mit pauschalen Zahlungen bis zu 10.000 DM, Hafenrundfahrten und Musical-Besuchen entschädigt, und zusätzlich bekommen sie für jede „Identifizierung“ auch noch mal zwischen 50 und 100 DM gezahlt. Dies ergaben mehrere Anfragen der Regenbogenfraktion im Hamburger Senat.

Hatte es bei den ersten Vorladungen noch großes Durcheinander gegeben, in deren Verlauf der Warteraum von den sich dort aufhaltenden Flüchtlingen teilweise zerlegt wurde, verwandelte sich das Ausländeramt daraufhin für die nächsten Termine in eine BGS-Festung. Die Beamten kontrollierten, durchsuchten, schüchterten die vorgeladenen Flüchtlinge ein und schikanierten auch die sie begleitenden UnterstützerInnen. Aber das Vorgehen rief mehr und mehr Protest hervor.

Vom 21. bis 23. März hatte sich nun ein Vertreter der Botschaft von Sierra Leone angekündigt. Erneut wurde dagegen zu Protestaktionen vor der Ausländerbehörde aufgerufen. Organisiert wurden diese vom Hamburger Flüchtlingsrat, afrikanischen Organisationen und den Flüchtlingen selbst. So wurde das Ausländeramt an jedem Tag der Vorführungen von 7 Uhr bis 16 Uhr von bis zu 200 Menschen, überwiegend mit schwarzer Hautfarbe, belagert. Afrikanische Rhyth-

## Düsseldorfer Erklärung: Asylrecht ist Menschenrecht

Nach wie vor wird das Menschenrecht auf Asyl in Deutschland verletzt. ...

- Nach wie vor müssen Flüchtlinge ein Asylverfahren durchlaufen, das nicht fair und für sie durchsichtig ist, das wenig geeignet erscheint, politische Verfolgung überhaupt zu erkennen.
- Nach wie vor wird die Verfolgung von Frauen allzu oft als nicht-politisch und damit asylunerheblich deklariert ...
- Nach wie vor mangelt es an einem effektiven Rechtsschutz für Asylbewerber.
- Nach wie vor mangelt es an einer Härtefallregelung im Gesetz.
- Nach wie vor werden Flüchtlinge bis zu 1 1/2 Jahre in Haft genommen, wie Verbrecher behandelt, nur weil sie bei uns Schutz und Lebensperspektiven erhofft haben.
- Nach wie vor werden die sozialen Lebensbedingungen für Asylsuchende so unerträglich gestaltet, daß sie möglichst abschreckende Wirkung haben....
- Nach wie vor werden aus unserem Land Menschen in Folter und erneute Lebensgefahr abgeschoben, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Diese Politik verletzt die Menschenwürde der Flüchtlinge und steht in Widerspruch „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Art. 1,2 GG). .... Wir fordern, dass die „Mindestanforderungen an ein neues Asylrecht“, wie sie 1998 vor der Bundestagswahl von Pro Asyl gemeinsam mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften formuliert wurden,

## Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

Dokumentation von 1993-1999, 7. aktualisierte Auflage, Berlin 2000, 127 S., 13,50 DM. Die Dokumentation steht auch im Internet im Volltext zur Verfügung: [www.berlinet.de/ari/publikat/titel.htm](http://www.berlinet.de/ari/publikat/titel.htm)

Zur Aktualisierung ihrer Broschüre schreibt die Antirassistische Initiative Berlin: „Diese Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1999. In diesem Zeitraum starben mindestens 113 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen. Allein 87 Personen starben an den deutschen Ost-Grenzen. 267 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 141 an den deutschen Ost-Grenzen. Von den 58 Flüchtlingen, die beim Grenzübertritt in die BRD durch Maßnahmen der Bundesgrenzschutzbeamten verletzt wurden, geschah das bei 45 Personen durch Bisse von Zoll- und Diensthunden. 78 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschie-

endlich von den Regierungen in Bund und Ländern aufgegriffen und umgesetzt werden. Dazu gehören: Die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung; die Abschaffung des Flughafenverfahrens; die Schaffung eines fairen Asylverfahrens; die Herstellung eines effektiven Rechtsschutzes l eine „Altfallregelung“, die allen Flüchtlingen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben, eine Aufenthaltsbefugnis erteilt, ohne weitere Vorbedingungen; eine Härtefallregelung im Ausländergesetz; die Abschaffung der Abschiebungshaft; die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Diese Forderungen sind durchsetzbar, wenn viele Bürgerinnen und Bürger aufstehen und sie aktiv einklagen.... Nehmen Sie Kontakt auf zu Parteien und zu den Abgeordneten Ihres Wahlkreises... Protestieren Sie gegen eine Politik, die Flüchtlinge zuerst abschrecken statt schützen will. ... Suchen Sie Kontakte zu Unterkünften in Ihrer Nähe und besuchen Sie Flüchtlinge.... Erkundigen Sie sich nach einer Abschiebehaftanstalt in Ihrer Nähe. ... Helfen Sie Flüchtlingen, denen im Fall einer Abschiebung Gefahr für Leib und Leben droht, notfalls durch Kirchenasyl. Schauen Sie nicht weg. Dadurch ist genug Unheil in unserem Land entstanden.

**Unterzeichner:** Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“, Ökumenisches Netzwerk „Asyl in der Kirche“ in NRW, Evangelischer Kirchenkreis Düsseldorf Ost, Heiko Kauffmann, Sprecher von Pro Asyl, Flüchtlingsrat NRW, Amnesty International Düsseldorf, Wanderkirchenasyl Köln, AG Abschiebungshaft im Flüchtlingsrat NRW, kein Mensch ist illegal, Ev. Kirchenkreis Lüdenscheid, Superintendent Köster

bung zu fliehen. Allein 36 Flüchtlinge starben in Abschiebehaft. Mindestens 185 Flüchtlinge haben sich aus Verzweiflung und Panik vor der Abschiebung selbst verletzt oder versuchten sich umzubringen und überlebten z.T. schwer verletzt. Während der Abschiebungen starben 5 Flüchtlinge; 97 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt. Abgeschoben in ihre Herkunftsländer, kamen 9 Flüchtlinge zu Tode, mindestens 239 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert. Mindestens 33 Menschen verschwanden nach der Abschiebung spurlos. 9 Flüchtlinge starben durch Polizeigewalt in der BRD, mindestens 97 wurden verletzt. Bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften starben nach unseren Recherchen mindestens 52 Menschen; mindestens 458 wurden z.T. erheblich verletzt. – Ein Fazit: Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen mehr Flüchtlinge ums Leben als durch rassistische Übergriffe.“

**Bestelladresse:** Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, 10965 Berlin, Tel.: (030) 785 72 81, Fax: (030) 786 99 84 <http://www.berlinet.de/ari>



## Gegen Leasing-Geschäft mit Kläranlagen: KÖLN.

Der Rat der Stadt Köln hat am 29.2. per Ratsbeschluss die Verwaltung ermächtigt, für 4 Klärwerke und Teile des Kanalnetzes (geschätzter Wert 1,3 Mrd. DM) ein US-Leasing-Geschäft in Form eines Service-Contract-Modells mit mehreren teilweise noch unbekannten Vertragspartnern in den USA abzuschließen. Ein entsprechender Auftrag zur Abwicklung dieses Transaktionsgeschäfts ist der Deutschen Bank in Form einer Mandatsvereinbarung, vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung Köln, bereits erteilt worden. Die Stadt soll bei diesem dubiosen Leasinggeschäft mit einer Vertragslaufzeit von ca. 25 Jahren einen Barwertvorteil von ca. 54.000.000 DM erzielen. Die Deutsche Bank erhält für die Mandatsabwicklung eine Provision in zweistelliger Millionenhöhe (ca. 24.000.000 DM). Gegen diesen Beschluss rufen verschiedene Kölner Persönlichkeiten den Regierungspräsidenten mit einem offenen Brief zum Eingreifen auf. Prof. Maria Mies vom Netzwerk gegen Konzernherrschaft weist zusammen mit 5 weiteren Personen und Gruppen z.B. auf erhebliche finanzielle Risiken hin: „So hat beispielsweise bereits am 24. Februar dieses Jahres die letzte Instanz im Schlichtungsverfahren der WTO in Genf die USA wegen des Verstoßes von Wettbewerbsregeln verurteilt. Hier ging es genau um diese Art von Geschäften, bei denen Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen, wie den Cyman Islands, wohin die Kölner Klärwerke „vermietet“ werden sollen, gegründet werden, um Steuervorteile zu erlangen.“ Der offene Brief endet mit der Forderung: „Legen Sie das gesamte Vertragswerk offen, so dass eine öffentliche und transparente Diskussion über den Vertrag sowie über die Zukunft der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung möglich ist.“

**Mehr Rechte für die Kommunalwirtschaft:** MÜNCHEN. Das forderte der bayer. Städtetagspräsident, OB Josef Deimer (CSU), bei einer Anhörung „Spannungsverhältnis zwischen Kommunalwirtschaft und Mittelstand“, zu der 3 Landtagsausschüsse Anfang April geladen hatten. Die Stadtwerke könnten sich nur dann im Wettbewerb behaupten, wenn sie als bürgernahe Mehrfachdienstleister auftreten könnten. Wenn die Kommunalwirtschaft nur auf ihre traditionellen Bereiche wie Strom, Gas, Wasser, Wärme, Abfall und Nahverkehr beschränkt würde, habe sie keine Zukunft: Deimer: „Die kommunale Wirtschaft braucht im Zeichen der Liberalisierung der Märkte mehr Spielraum im Kommunalrecht als dies früher nötig war“. Er appellierte deshalb an die Landtagsvertreter, die sog. Subsidiaritätsklausel zu streichen. Danach

men, Trommeln, Reggae sorgten für eine ausgelassene Stimmung. Viele tanzten und sangen. An einem Informationsstand konnten sich vorgeladene Flüchtlinge beraten lassen, wie sie sich gegen das rechtswidrige Vorgehen der Behörden wehren können. Erfolg: von den vorgeladenen 214 Menschen gingen allenfalls 50 zu den Anhörungen. Es wurden aber auch einzelne Festnahmen von Flüchtlingen, die zu den Anhörungen gingen, und jetzt vermutlich in Abschiebehäft sitzen, beobachtet und zum Teil auf Video dokumentiert. Spontan traten immer wieder Flüchtlinge ans Mikrophon, benannten den Botschaftsvertreter von Sierra Leone, Kaloum, als Haussklave (frei nach Malcolm X) und riefen immer wieder unter lautem Beifall „Kaloum-Arschloch“ und forderten ihn auf, seinen dreckigen Job zu beenden, in dem er seine Landsleute hier für Geld verkauft. Gefordert wurde Bleiberecht für alle und ein Stopp aller Abschiebungen. Die zahlreichen Polizeikräfte versuchten immer wieder die Kundgebung zu behindern, in dem sie z.B. wegen „zu lauter Musik“ intervenierten, hielten sich ansonsten aber



zurück. Die gute Stimmung konnte dies aber keinesfalls trüben.

Höhepunkt der Proteste war eine lautstarke und entschlossene Demonstration mit mehreren hundert Menschen zum Rathaus mit Zwischenkundgebung am Hauptbahnhof. Bei jedem Stopp wurde zuerst die panafrikanische Hymne gespielt, anschließend gab es eine Schweigeminute für die vielen Millionen ermordeten und verschleppten Menschen im Zuge der Geschichte Afrikas. In Erinnerung daran hatten auch die meisten rote Bänder um ihre Stirn geschlungen. „If Africa cries, it cries blood.“

Redebeiträge u.a. in deutsch, englisch und französisch zogen den Bogen von der Sklaverei, der Kolonialisierung Afrikas bis zur heutigen wirtschaftlichen Unterdrückung der afrikanischen Länder durch die imperialistischen Staaten. Mensch fühlte sich von der Stimmung an die Anfänge der Schwarzen Bewegung in den USA in den 60er und 70er Jahren er-

innert, als die über 500 hauptsächlich afrikanischen Menschen auf dem Bahnhofsvorplatz ihr – eigentlich selbstverständliches – Recht einforderten, als Menschen behandelt zu werden, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, eine Ausbildung absolvieren zu dürfen und die Schulen besuchen. Angeprangert wurden der Rassismus, die Waffenlieferungen in die Bürgerkriegsstaaten, die Unterstützung der dortigen diktatorischen Regime. Gefordert wurde ein Bleiberecht für alle und Stopp der menschenverachtenden Abschiebepaxis.

Unter den Anwesenden waren viele schwarze Jugendliche, die in den Medien immer nur diffamierend als „Drogendealer“ dargestellt werden. Mahmud, ein Jugendlicher aus Sierra Leone, brachte ihr Anliegen in gekonnter Weise auf den Punkt: „Wenn die Kids hier eine Ausbildung erhalten, die Schule besuchen dürfen, garantiere ich, dass ihr keinen mehr von den Jungs am Bahnhof oder auf der Straße seht. Solange diese Jugendlichen, die sich zum Teil bereits seit über fünf Jahren in Deutschland aufhalten und immer nur eine Duldung erhalten und schikaniert werden von Polizei und Behörden, solange müssen sie natürlich irgendwie den Kampf ums Überleben führen.“

Vorm Rathaus waren von den im Senat anwesenden Parteien lediglich die oppositionelle Regenbogenfraktion und ein Vertreter der GAL bereit, zu der Demonstration zu sprechen. Die anderen Parteien hatten es erwartungsgemäß abgelehnt, mit den DemonstrantInnen zu diskutieren.

Aufgrund der Ankündigung, dass der Botschaftsvertreter von Sierra Leone noch länger in Hamburg bleibt, wurden auch die Proteste spontan um einen Tag verlängert. So kam der Leiter vom Ausländeramt nicht umhin, Freitag Mittag vor ZeugInnen zu versichern, dass die Anhörungen damit erst mal ein Ende haben. Die betreffenden Personen bekämen eine Aufforderung, zur Botschaft nach Bonn zu fahren. Dazu beigetragen hat sicher auch die relativ große und wohlwollende Presseresonanz, allen voran die taz-Hamburg und die Frankfurter Rundschau, die den Leiter des Ausländeramts sogar dazu veranlassten, einen erbosten Leserbrief zu schreiben. Der Botschaftsvertreter wurde dann auch gesehen, wie er in sein Auto stieg und davon fuhr.

Bereits das am Sonntag einberufene Nachbereitungstreffen zeigte, dass der Protest keine Eintagsfliege war. Ca. 100 Menschen, wieder mindestens die Hälfte darunter schwarz, beratschlagten das weitere Vorgehen. Als nächstes werden Begleitungen organisiert, damit die nicht zu den Vorladungen Erschienen eine Verlängerung ihrer Aufenthaltspapiere bekommen. Weitere Proteste gegen die rigide Praxis der Hamburger Ausländerbehörde sind in Planung. Der Kampf geht weiter. *Bericht und Bilder: l.c. Lokalberichte Hamburg*

dürfen kommunale Unternehmen nur dann tätig werden, wenn sie die gleiche Aufgabe besser erfüllen als ein privates Unternehmen. „Solche Klauseln passen heute einfach nicht mehr in einen Wettbewerbsmarkt, der durch Europa- und Bundesrecht vorgezeichnet ist.“

**Grundversorgung muss gesichert sein:** WISMAR. Der Deutsche Städtetag forderte auf seiner Sitzung am 4. April die Bundesregierung auf, die kommunale Selbstverwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge durch Länder und Kommunen auf europäischer Ebene zu verteidigen. Die Oberbürgermeister erwarten von der Bundesregierung, dass sie „die Daseinsvorsorge doch noch zum Thema der laufenden Regierungskonferenz zur Änderung des EG-Vertrages macht.“

**Kein Geld für Bürgerämter:** BERLIN. In Berlin befindet sich die Bezirksgebietsreform in der heißen Phase. Ab 1.1.2001 soll die Hauptstadt mit nur noch 12 statt bisher 23 Bezirken auskommen. Den Bürgern sollte die neue Struktur mit der Einrichtung zusätzlicher 60 Bürgerämter „versüßt“ werden. Doch nun hat der Berliner Senat die dafür zunächst bereit gestellten 14 Millionen Mark wegen allgemeinem Sparzwang gestrichen.

**Gegen repressive Politik:** ESSEN. In einem offenen Brief wendet sich das „Forum soziale Stadt Essen“ an den OB und andere Verantwortliche gegen die geplante Änderung der Verordnung zur öff. Sicherheit und Ordnung. Es schreibt: „Das Forum soziale Stadt Essen, ein langjähriger Zusammenschluß von mehr als vierzig Initiativen und Einrichtungen aus dem Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und Beschäftigungsbereich in der Stadt, beobachtet mit großer Sorge die Aktivitäten der Stadt Essen im Hinblick auf die Veränderung der sog. Gefahrenabwehrverordnung. Nach Meinung des Forums drückt sich in der geplanten Veränderung eine Abkehr der Stadt von sozialer Prävention und Vorsorge und eine Hinwendung zu repressiven Ordnungsmaßnahmen gegen verhaltensauffällige soziale Gruppen und Individuen insbesondere im Bereich der Essener Innenstadt aus. Soziale Probleme werden nun nicht mehr aus der Perspektive sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, sondern als Problem der öffentlichen Ordnung betrachtet.“ Das Forum befürchtet mehr Repression und fordert stattdessen intensive Anstrengungen der Stadt und der Bürger, um humane Lösungen und Alternativen zu finden, damit die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch größer und ohnehin schon Benachteiligte nicht noch weiter aus der städtischen Gesellschaft ausgegrenzt werden.

*Zusammenstellung: baf*

**Verblüffendes Tempo:**

## Tarifabschluß Metall in der Diskussion

In den westdeutschen Tarifgebieten ist der Metallabschluß von NRW inzwischen (mit Änderungen in Einzelheiten) übernommen. In den ostdeutschen Tarifgebieten, wo es zusätzlich um die Angleichung bei Arbeitszeit und vermögenswirksamen Leistungen geht, noch nicht. Einiges ist anders gelaufen als gewohnt und erwartet, und viele haben den Eindruck, dass die gewerkschaftliche Tarifpolitik gerade eine Kurve macht.

Ein Anzeichen dafür ist die Verblüffung innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft über das Tempo des Abschlusses, punktgenau vor dem Ende der Friedenspflicht, eine Düpierung aller vorbereiteten Aktionen und Planungen. Man muß kein Freund der bekannten und wenig beliebten Warnstreiktaktik sein, um zu spüren, dass hier die Linie der IG Metall demonstrativ ein Stück weit verschoben werden sollte. Immer stärker zeigt sich außerdem, dass bei der Altersteilzeit viele Einzelheiten keineswegs klar sind und noch wochenlang ausverhandelt werden müssen. Der politische Wille, rasch und möglichst geräuschlos abzuschließen, war stärker.

Ein weiteres Anzeichen ist, dass der Pilotabschluß nach NRW geholt wurde, obwohl die allgemeine Einschätzung in der IG Metall war und ist, dass in Baden-Württemberg mit seiner guten Automobilkonjunktur die Lohn- und Gehaltserhöhung etwas besser ausgefallen wäre. Man muß kein Verfechter einer ewigen Vorreiterrolle Baden-Württembergs sein, um zu wittern, dass hier die Spielräume diesmal nicht ganz ausgenutzt werden sollten. In der Folge wird die Spreizung zwischen den tariflichen Einkommen und den effektiven Einkommen weiter zunehmen. Automobilbetriebsräte in Baden-Württemberg haben schon angekündigt, dass sie sich jetzt betrieblich schadlos halten werden.

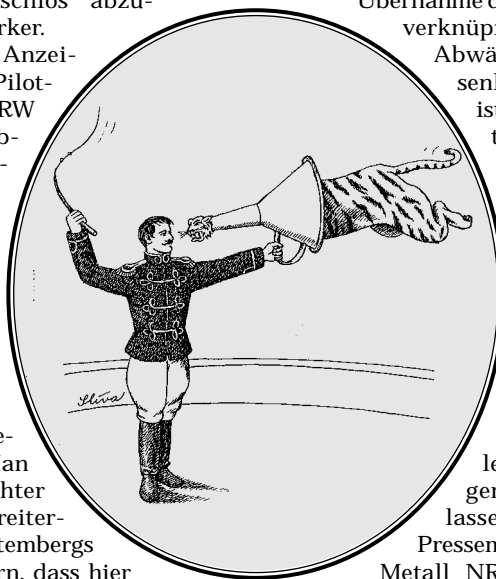
Drittens sind in der Frage der weiteren Tarifpolitik, wo der letzte Gewerkschaftstag immerhin mehrere Alternativen nebeneinander stehenließ, einige Weichen mit Wucht gestellt worden. In der Frage der Arbeitszeitpolitik – wo es sehr unterschiedliche Vorstellungen gibt – ist auf längere Sicht tarifrechtlich der

Weg verbaut. Da wurde nicht nur die Dauer der Arbeitszeit im Manteltarifvertrag um drei Jahre bis April 2003 verlängert. Es wurde auch erstmals eine folgenreiche Verknüpfung hergestellt: „Eine Kündigung der Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit in § 3 Manteltarifvertrag hat die zeitgleiche Beendigung der Laufzeit der Regelungen zur Beschäftigungsbrücke und der Sonderregelungen zur Übernahme der Auszubildenden ... zur Folge“ (aus den Eckpunkten NRW). Das heißt: Würde die IG Metall im Jahr 2003 oder später die Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit kündigen, weil sie z.B. Wildwuchs bei der Arbeitszeit beseitigen will, kündigt sie damit automatisch die neuen Altersteilzeitregelungen und die zwölfmonatige Übernahme der Auszubildenden – also eigene Herzensanliegen. Zwar wurde auch an die Adresse der Gegenseite eine Kündigung der Beschäftigungsbrücke mit der zeitgleichen Beendigung der Laufzeit der Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit (und der Sonderregelungen zur Übernahme der Auszubildenden)

verknüpft. Aber bei einer Abwägung der Interessenlage beider Seiten ist natürlich das Interesse der IG Metall an Handlungsfreiheit bei der Arbeitszeit sehr viel größer als das Interesse der Unternehmerseite an der Kündigung der Beschäftigungsbrücke (mit der sich schließlich Belegschaften verjüngen und verbilligen lassen). In den ersten Pressemitteilungen der IG Metall NRW, mit denen die

Eckpunkte bundesweit bekannt gemacht wurden, war diese Knebelbestimmung nicht aufgeführt. Hier wurde wohl der rasche Abschluß auch noch mit einer Hypothek auf die künftige Tarifpolitik bezahlt. So hat man die neue Situation, dass das bürgerliche Lager (abgesehen von den radikalen Gegnern jeder Tarifierung) diesen Abschluß bzw. die bisherigen Abschlüsse insgesamt lobt, teilweise mit geradezu triumphierenden Wendungen.

Der NRW-Bezirksleiter der IG Metall, Schartau, hat sein Verhandlungsergebnis selbst so bewertet: „Wir haben einen Tarifvertrag vorgelegt, der ganz dem Geist



des Bündnis für Arbeit entspricht“ (IGM direkt 07/2000). Von Arbeitgeber- und Regierungsseite kamen ähnliche Kommentare. Dem Vorstand der IG Metall und speziell dem Vorsitzenden Klaus Zwickel war am Ende nichts übrig geblieben, als das Ergebnis mit grimmiger Miene abzusagen, obwohl es weder den geforderten Kaufkraftschub für die Binnenkonjunktur noch die Umverteilung durch eine Rente mit 60 über Tariffonds bringt. Die böse Ironie: Ausgerechnet unter Berufung auf das Bündnis für Arbeit wurde Klaus Zwickel abgedrängt, nachdem er dieses Bündnis fünf Jahre lang gefordert hatte.

Eine Randnotiz der Einigung macht die Richtung deutlich: Beide Tarifparteien wollen die Vermögenswirksamen Leistungen (VL), die bisher auf Bausparverträge, Sparkonten oder in Beteiligungsfonds flossen, jetzt für private Altersvorsorge öffnen. Statt kollektiver Lösungen für die Rentenproblematik jetzt individuelle Lösungen auf Kosten der verfügbaren Einkommen. Wie sollen eigentlich die vielen, die bisher für teurere Gebrauchsgüter wie Autos auf die vermögenswirksamen Leistungen angewiesen waren, künftig zurechtkommen?

Nun ist – jedenfalls in Baden-Württemberg – die Kritik an dem Abschluß unter den Gewerkschaftsaktiven weit stärker als in den Belegschaften. Viele Berichte aus Betrieben sprechen eher von wenig Reaktion oder gar von Apathie. Und da scheinen Probleme durch, die schwerer wiegen als schlechte Verhandlungsführung und mangelnde Abstimmung, persönliche Machtkämpfe zwischen Bezirksleitern oder zeitweilige Unterwerfung unter das Bündnis für Arbeit: Wie weit kann die gewerkschaftliche Tarifpolitik künftig die Arbeits- und Lebensverhältnisse wirkungsvoll sichern? Was richtet sie aus bei Einkommen und Arbeitszeiten? Finden sich die immer mehr prekär Beschäftigten in der Tarifpolitik wieder? Können die Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen, speziell den gewerblichen Lohngruppen, künftig auf existenzsichernde Einkommen rechnen, die sie heute immer weniger haben? Greifen kollektive Regelungen künftig auf die faktischen Arbeitszeiten überhaupt noch durch? Man kann diese Fragen fortsetzen.

Die großen Antworten „von oben“, Klaus Zwickels Vorstöße für die 32-Stunden-Woche oder die sog. Rente mit 60, sind vom Tisch, andere alles beherrschende Zentralprojekte sind nicht in Sicht und wären wohl auch keine Antwort. Eines immerhin hat sich in der IG Metall in den letzten Jahren spürbar verändert: Der Mantel des Schweigens über den realen Problemen nach dem Motto „Bloß nicht durch Diskussion der Mißstände schlafende Hunde wecken“ ist schon ein gutes Stück zur Seite gezogen. Und die Diskussion von Alternativen steht auch nicht einfach am Anfang.

(rok)

ThyssenKruppMannesmann

## Quantensprung zum Weltkonzern?

Nach der Übernahme des Mannesmannkonzerns durch den britisch-amerikanischen Telekommunikationskonzern VodafoneAir-touch sind die ca. 8500 Schweinfurter Beschäftigten der Firmen Sachs und Star zusammen mit weiteren über 80000 Beschäftigten der Technologiesparte (Maschinenbau, Automobilzulieferung) des Mannesmannkonzerns Objekt eines Pokerspiels zwischen führenden deutschen Kapitalzentren geworden.

Geplant war, die Mannesmann-Technologiesparte unter dem Namen Atecs Mannesmann im Juni an die Börse zu bringen. Zwischenzeitlich wurde von ThyssenKrupp ein Kaufangebot über 14,7 Mrd. DM für Atecs vorgelegt. Durch die Übernahme erfolge ein Quantensprung, der Konzern und Geschäftsfelder in eine neue Dimension führe. Am Standort Deutschland entstünde die Schaltzentrale eines neuen globalen Konzerns für hochwertige Investitionsgüter und Dienstleistungen. ThyssenKrupp/Atecs wäre auf einen Schlag Europas führendes Engineering- und Automotive-Unternehmen und hätte in allen Geschäftsfeldern auch die nötige Schwungmasse. Es entstünde ein neuer Konzern mit Weltgeltung. Soweit der ThyssenKrupp-Vorstand, der in Superlativen schwelgt. Angeblich würde die ThyssenKrupp-Strategie von den Vorstandchefs von DaimlerChrysler und VW unterstützt, die Interesse an so einem führenden europäischen Systemlieferanten hätten. Hintergrund sei, daß ein großer US-Fonds auf den Atecs-Börsengang warte, um insbesondere die Autozulieferersparte zu schlucken. Die US-Konkurrenz wolle schon lange nach Europa, vorzugsweise Deutschland durchdringen.

Tatsächlich würde ein Konzern mit 245000 Beschäftigten und 87 Mrd. DM Umsatz zusammengeballt. Zur Erinnerung: Die Zusammenarbeit der ehemals führenden Unternehmen der Schwerindustrie, Thyssen, Krupp und Mannesmann mit dem Hitlerfaschismus mit dem Ziel deutscher Weltherrschaft war nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im 2. Weltkrieg Grund für die Schaffung des Montanmitbestimmungsgesetzes. Damit sollten den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften besondere Einflussmöglichkeiten auf die Konzernpolitik verschafft werden, um ähnliche Ent-

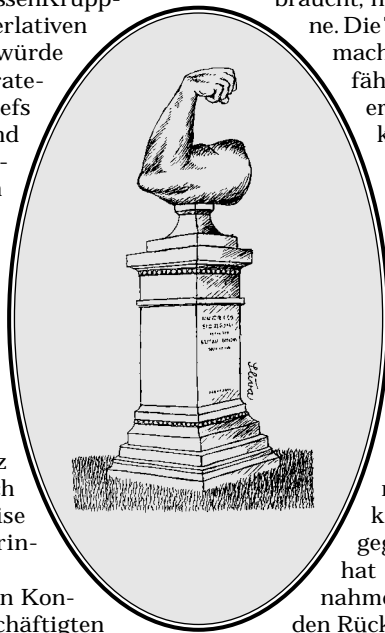
wicklungen künftig zu verhindern.

Ob Mannesmann oder ThyssenKrupp – Konzernzentrale und Entscheidungszentrum befänden sich jeweils in Düsseldorf, dem politischen Zentrum Nordrhein-Westfalens. Bei einem selbständigen Börsengang von Atecs würde allerdings das Gewicht der bayerischen Atecs-Unternehmen (Rexroth, Sachs, Krauss-Maffei) mit ca. 22.000 Beschäftigten in Bayern stärker. Dies dürfte der Hintergrund dafür sein, dass aus Bayern heftiger Widerstand gegen die Übernahme durch ThyssenKrupp geleistet wird. Der bayerische Wirtschaftsminister Wiesheu hat sich für den Börsengang von Atecs ausgesprochen. ThyssenKrupp müsse sich in so einem hohen Maß verschulden, dass zwangsläufig Teile von Atecs verkauft werden müssten. Wiesheu folgt in seiner Argumentation dem Sprecherausschuß der leitenden Angestellten von Atecs, die sich in einem „Brandbrief“ stellvertretend für die 1000 leitenden Angestellten von Atecs heftig gegen die Übernahme durch ThyssenKrupp ausgesprochen haben.

Auch die IG Metall Bayern kritisiert, daß ThyssenKrupp, „die Finanzmittel, die Atecs für ein weiteres Wachstum braucht, niemals aufbringen“ könne. Die ThyssenKrupp-Strategie mache keinen Sinn und gefährde Arbeitsplätze in Bayern. Ähnliche Argumente kommen vom Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats von Mannesmann, J. Ladberg, und seinem Stellvertreter, W. Kleinhenz, BR-Vorsitzender von Sachs Schweinfurt.

Auch der Siemens-Konzern, der seine Automobilsparte über ein Joint Venture mit VDO, einem der Atecs-Unternehmen, mit Atecs verknüpfen will, wendet sich gegen ThyssenKrupp und hat für den Fall der Übernahme durch ThyssenKrupp den Rückzug seiner Offerte angekündigt.

ThyssenKrupp hat mittlerweile ein Konzept vorgelegt, wonach die Finanzierung so abgesichert sei, daß kein Verkauf von Atecs-Unternehmen erfolgen müsse, diese im Gegenteil die nächsten Jahre ihre Geschäftsstrategien ungestört weiter verfolgen könnten. Der Konzernbetriebsratsvorsitzende von ThyssenKrupp verhandle mit dem Vorstand um „eine sozialverträgliche Gestaltung“ der Fusion, konkret um einen „Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen“ für vier Jahre für alle beteiligten Belegschaften. (cls)



## Lehrer bereiten für den 12. April einen berlinweiten Streik vor

BERLIN. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat für den 12. April einen Streik der Berliner Lehrer angekündigt. Das Ziel sei, gegen die angekündigten massiven Verschlechterungen von Bildung und Schule in Berlin, insbesondere gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte, zu protestieren. Die große Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus hatte sich diesbezüglich nach scharfer Auseinandersetzung schließlich durchgesetzt, wonach die Lehrer ab September pro Woche eine Stunde länger arbeiten sollen. In einem Sternmarsch hatten vor Wochen schon über 40000 Eltern, Schüler und Lehrer gegen die Pläne des Senates demonstriert. Weitere Protestaktionen waren gefolgt, so die Aktion der berufsbildenden Schulen vor der Marlene-Dietrich-

Schule und der Lehrer vor dem Roten Rathaus. Ein Einlenken des Senates – so die Sprecherin der GEW, Sigrid Baumgart, sei nicht in Sicht. In der Streikvollversammlung am Montag werden 1000 Vertrauensleute der Berliner Schulen die letzten Maßnahmen zur Durchführung des Streiks beschließen. Die GEW erwartet mehr als 12000 Teilnehmer. Berlin hat 33000 Lehrer, von denen 7000 angestellte zum Streik aufgerufen sind. Am Mittwoch ziehen ab 7.30 Uhr Streikposten auf. Die zentrale Protestkundgebung gegen den Bildungsabbau in Berlin soll unter der Losung „Priorität für Bildung“ nach einer Demo vom Alexanderplatz vor dem Brandenburger Tor gegen 13.00 Uhr stattfinden. Schüler und Eltern sind mit zum Protest aufgerufen.

abe

## Massenentlassungen bei Veba Oil & Gas – Beschäftigte protestieren – Gewinnsubventionen aus Sozialkassen

Das hatte es noch nicht gegeben: Nach einer lebhaften Betriebsversammlung am Freitag gingen am Mittwoch, 15.3.2000, rund 150 Beschäftigte von Veba Oil & Gas auf die Straße. Sie protestierten gegen die Verlagerung der Essener Geschäftsstelle nach London und damit verbundene Entlassungen bei einem der größten deutschen Konzerne. Das folgende Flugblatt wurde bei der Aktion von Beschäftigten verteilt.

Bei der Veba Oil & Gas, einer Gesellschaft des VEBA Konzerns, sollen 190 Mitarbeiter in Essen ihren Arbeitsplatz verlieren. Nur etwa 25 Mitarbeiter werden in Deutschland weiterbeschäftigt. 50-70 weiteren Kollegen werden vielleicht von der englischen Tochtergesellschaft neue Verträge angeboten. Vordergründig will die Unternehmensleitung mit ihrer Maßnahme die Wettbewerbsfähigkeit der Firma verbessern. Tatsächlich lassen sich die Pläne der VEBA jedoch nicht nachvollziehen und verfolgen offenbar andere taktische Ziele: Nach der VEBA/VIAG-Fusion gehört der VEBA-Ölbereich nicht mehr zum Kerngeschäft des neuen Konzerns. VEBA nutzt die geplante Standortverlagerung als Möglichkeit, unter Umgehung des deutschen Arbeitsrechts, z.B. der Sozialauswahl, durchzuführen. Soll VEBA Oil & Gas als erstes der Geschäftsfelder „verkaufsfertig“ gemacht werden?

Betriebsrat, Belegschaft und Leitende Angestellte der Veba Oil & Gas lehnen dieses Konzept geschlossen ab: Den strategischen Zielen kommt das Unternehmen mit diesen drastischen Maßnahmen nicht näher, die eigentlichen Probleme der Gesellschaft bleiben ungelöst.

Veba Oil & Gas – bis 1998 Deminex – ist eines der wichtigsten deutschen Unternehmen in der Erdöl- und Erdgasförderung. Es hat allein in den letzten sechs Jahren Gewinne von über 1 Mrd. DM er-

wirtschaftet. Die Gewinne sprudeln gerade jetzt. Bei dem Ölpreis! Als die Veba Oil & Gas noch Deminex hieß, hatte das Unternehmen zur Sicherung und Verbesserung der deutschen Erdölversorgung aus Steuermitteln bis 1989 Subventionen in Höhe von rund 2,4 Mrd. DM erhalten. Das Unternehmen hat mit dieser staatlichen Förderung weltweit beachtliche Erdölreserven erschlossen und hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Sollen die mit Milliardensummen subventionierten Rohöl-Interessen der Bundesrepublik nun sukzessive durch Betriebsverlegung und möglicherweise späteren Verkauf ins Ausland verlagert werden? Das über mehr als dreißig Jahre aufgebaute Know How wird abgegeben und im Zuge des Personalabbaus werden die öffentlichen Kassen erneut in Anspruch genommen. Ist dies akzeptabel?

Bei VEBA hat stets die Tradition geherrscht, für Personalmaßnahmen entsprechend der Ertragskraft des Konzerns unter Mitwirkung der Mitbestimmungsgremien sozialverträgliche Konzepte zu erarbeiten, wie vielfach von Herrn Hartmann betont. Im Gegensatz dazu werden bei uns heute betriebsbedingte Kündigungen geplant, obwohl der VEBA-Konzern 1999 ein Rekordergebnis von 4,5 Mrd. DM eingefahren hat.

Dies läßt für die anstehenden Restrukturierungsmaßnahmen bei Veba Oil und konzernweit nichts Gutes erwarten. Alle Behauptungen von Herrn Hartmann, diese Tradition bestünde weiterhin fort, sehen wir als Beschwichtigungspolitik ...

Was sind die wahren Ziele des VEBA-Managements? ... Warum kann im VEBA-Konzern nicht auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden, obwohl VEBA im letzten Jahr ein Rekordergebnis erzielt hat?

Ina Muders

Wirtschafts-  
presse

## Märkte reagieren erfreut auf den Abschluss in der Metall-Industrie. – HB,

Mittwoch, 29.3.2000. – Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sieht H. Schmieding, Chef-Volkswirt für Europa von Merrill Lynch den Tarifabschluss der Metaller. Marktteilnehmer dürften vor allem erleichtert auf die Lohnerhöhung von 3% für 2000 und über die Einigung von 2,1 % für 2001 reagieren. „Die Sicherheit über zwei Jahre ist die beste Nachricht“, so Schmieding. Ein ordnungspolitisch kritisches Signal auch wegen der Rentenreform findet er jedoch die Regelung zur Altersteilzeit. Daher könne man nur schwer schätzen, wie sich die Lohnstückkosten entwickeln.

## BDI-Mittelstandsausschuss: Gewerbesteuerentlastung muss angepackt werden. – HB, Freitag, 31.3./1.4.2000.

– Der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses, A. Oetker, moniert die fehlende Mittelstandsentslastung durch die Steuerreform. Man müsse festhalten, dass „das Grundübel der Unternehmensbesteuerung, die Gewerbesteuer, nicht angepackt“ würde. Oetker kritisierte auch die „Schieflage der Reform“ zu Gunsten der Großunternehmen. Der Mittelstand wehre sich gegen den „insgesamt spürbaren Druck, Personenunternehmen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln“.

## Debatte um Verfahren mit Green-Card. – HB, Donnerstag, 6.4.2000. –

Betriebe der IT-Branche haben einen Ausbildungsfonds konzipiert, mit dem die Weiterbildung von 30 000 nicht vom Arbeitsamt geförderten Fachkräfte finanziert werden soll. Nach Berechnungen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wird der Bedarf an Spitzenkräften im Inland auch in Zukunft nicht zu decken sein. So sinke die Zahl der Studienabsolventen im Bereich Elektrotechnik noch und werde erst um 2005 leicht ansteigen. Bei den Informatikern sei ein Anstieg auf 10000 im Jahre 2004 möglich. Doch werde damit der Bedarf nicht gedeckt, den das IW auf 250 000 bis zum Jahr 2005 schätzt. Bezüglich des Programms der Bundesregierung, bis zu 20 000 IT-Experten aus dem Nicht-EU-Ausland nach Deutschland zu holen, äußert die Wirtschaft ihre Kritik: schlecht sei, dass nur Ausländer mit einem abgeschlossenen Hochschul- oder Fachhochschulstudium und vergleichbaren akademischen Abschlüssen mit Schwerpunkt auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen. *Presseauswertung: rst*

# Generationswechsel und Friedenspolitik

Der Parteitag der PDS hatte vier Komplexe zu behandeln: Den (Zu)stand der Programmdebatte, die Schwerpunktdiskussion der Themen Ökologie, Nord-Süd und Feminismus, die Friedenspolitik und Satzungsfragen. Die Schwerpunktdiskussion litt unter der Stockung der Programmarbeit. Die Satzungsdiskussion (Thema Amtszeitbegrenzung) war angesichts der Rücktritte auch irgendwie unpraktisch. So blieben zwei Schwerpunkte: der durch die Rücktritte gekennzeichnete politische Generationswechsel und die friedenspolitische Diskussion.

## Politischer Generationswechsel

Es muss von einem politischen Generationswechsel gesprochen werden, denn das Lebensalter der Akteure ist nicht der Hauptpunkt. Wichtiger ist, dass die PDS im Bund eine Kleinpartei geblieben ist, während sie in den Gemeinden und Ländern fest Fuß fasst. Die Strategie der Partei greift in der kommunalen Politik – sogar bei kleinsten Wahlerfolgen im Westen –, sie greift auch, wenigstens partiell, in der Landespolitik. Sie greift nicht in der Bundespolitik. Die Bundestagsfraktion, vor vier, fünf Jahren noch das Zugpferd der Partei, wird langsam zum Sorgenkind. Warum?

Reformpolitik, die darauf zielt, die Alleinherrschaft der Verwertungsinteressen des Kapitals zu brechen, die das Daseinsrecht vielfältiger Lebensformen behauptet und das Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen, kann in den Gemeinden und Regionen viel eher praktisch werden als in der Bundespolitik. Dieser Sachverhalt wird in einem der wenigen neuen Argumente reflektiert, die in der Programmdiskussion aufgetreten sind. Im Punkt drei – Schwerpunkte der weiteren programmatischen Debatte – fällt unter anderen folgender Leitsatz: „Neue Solidarität wächst unter – Handlungsansätze lokaler und regionaler Politik als Basis für alternative Gestaltungsprojekte“. Das klingt anders als das gängige Modell, wonach die Partei aus Visionen, Träumen, Hoffnungen eine Utopie kreiert, die dann verwirklicht wird (wobei die Realität das Ideal nie erreicht und Politik darin besteht, die nötigen Abstriche der eigenen Anhängerschaft plausibel zu machen).

Bei dem eingeklammerten Modell käme es den Parteispitzen zu, die Utopie zu entwickeln und sodann mit den machtmäßigen Gegebenheiten zu vermitteln. Das läuft dann mit unausweichlicher Logik auf eine sachliche Verbindung mit der SPD hinaus. Denn

nur so könnte Utopie jetzt und hier in die Wirklichkeit gehoben werden.

Die von den Parteispitzen entwickelte Wahl- und Fraktionsstrategie setzte darauf, dass sich durch eine Linksverschiebung der SPD Spielraum für die Bundespolitik der PDS ergeben und dies und das praktisch werden könnte. Aber so ist es nicht gekommen, jetzt liegt der Schwerpunkt der Partei in den Gemeinden und den Ländern, das Gewicht der in Kommunal- und Landespolitik Tätigen nimmt langsam zu, das der Bundespolitiker noch schneller ab.

## Friedenspolitische Diskussion

In der friedenspolitischen Diskussion versuchten die Bundespolitiker der Partei, angeführt von Gregor Gysi und Dietmar Bartsch, Übergänge zwischen PDS- und SPD-Politik zu schaffen. Sie scheiterten vollständig und weit unter Wert. Ihr Antrag wurde nicht einmal Grundlage der Diskussion. Warum?

Erstens hat die Reaktion der Antragsteller auf eine Vielzahl von Änderungsanträgen klar ergeben, dass entgegen allen sonstigen Bekundungen einer Verwicklung der PDS in militariserte BRD-Politik die Hintertür geöffnet werden sollte. Das war aus dem Schlusstext des Vorstandsantrages herauszulesen, der am Freitag Abend vorlag und Ergebnis vielfältiger Sondierungen von Vertretern von Änderungswünschen durch die Antragsteller war.

Um zwei Fälle zu bezeichnen:

Ein v.a. aus NRW und Bayern gestützter Antrag hatte als Änderung vorgeschlagen, dass UNO-mandatierte Kampfeinsätze von der PDS nicht „akzeptiert“, sondern höchstens „hingenommen“ werden sollten. Der Vorstandsantrag übernahm in der Fassung „hingenommen und akzeptiert“, wie man hörte mit der ausdrücklichen Begründung, dass man auf „akzeptieren“ nicht verzichten könne, wenn man in konkreten Fällen auch mal zustimmen wolle. In einem zweiten Punkte war beantragt worden, die Feststellung, die BRD solle ihr politisches Gewicht „vor allem als Zivilmacht“ zum Tragen bringen, zu ersetzen durch die Forderung „ausschließlich als Zivilmacht“. Diese Änderung wurde verworfen. Andere Antragsteller – es gab wirklich viele – mögen ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Jedenfalls war Freitag Abend klar, dass der Leitantrag des Bundesvorstandes der PDS ermöglichen sollte, Kampfeinsätzen der UNO im Bundestag zuzustimmen. Die vielen nützlichen praktisch-politischen Hinweise, die der Leitantrag darüber hinaus enthält,

wurden unter diesen Bedingungen zu Beiwerk degradiert.

Sylvia-Yvonne Kaufmann hatte demgegenüber einen Antrag eingebracht, der die strikte Nicht-Zustimmung der Partei zu UN-Einsätzen aus Strukturmängeln der UNO begründete. In ihrem ausgezeichneten Begründungsvortrag spitzte Silvia Yvonne Kaufmann die Frage allerdings darauf zu, dass sie nicht in der Zeitung lesen wolle, die PDS habe die Wende zu einer Beteiligung an Militäreinsätzen vollzogen.

Im Abstimmungsverfahren stand schließlich der Antrag des Vorstandes, dessen Konsequenz die Delegierten nicht wollten, dem Antrag von Sylvia Yvonne Kaufmann u.a. gegenüber, dessen Herleitung wohl auch keine Mehrheit gefunden hätte. Damit ist für die weitere Auseinandersetzung eine durch und durch schräge Situation gegeben.

## Wie geht es weiter?

Formal steht die Mehrheit des Parteitaiges gegen die Mehrheit in der Fraktion und im Bundesvorstand. Da kann man dann lange von Vertrauen reden, es ist ein Widerspruch, der nach Lösung drängt. Wie es heißt, will der Bundesvorstand baldmöglichst Neuwahlen ansetzen. Aber was passiert mit der Fraktion? Inhaltlich steht das Problem der Weiterentwicklung wirkungsvoller Friedenspolitik.

Werden die Außenpolitiker der PDS begreifen, dass ihre Überlegungen zur Zivilisierung des Zusammenlebens der Staaten eine feste Basis nur in der breiten gesellschaftlichen Praxis von Verweigerung alles Militärischen Halt finden kann? Werden sie sich mit der Frage auseinandersetzen, dass eine Politik der Entmilitarisierung von Außenpolitik sich in den einzelnen Ländern entwickeln muss und vor allem in Deutschland mit seiner besonderen Geschichte und seinen konkreten politischen Umständen im Vorgriff auf international gesetzte Normen entwickeln kann? Werden sie begreifen, um den oben zitierten Leitsatz aus der Programmdiskussion aufzunehmen, dass „Handlungsansätze lokaler und regionaler Politik“, und hinzugefügt und unterstrichen: der Personen!, die „Basis für alternative Gestaltungsprojekte“ sind. Dann müssten sie auch nicht mehr versuchen, Delegierte zu Abstimmung aus Opportunität und gegen besseres Wissen zu verleiten, sondern könnten die Diskussion suchen und Fortschritte machen.

maf



# Herr Kohl und die Akten

Warum, so kann man fragen, will Herr Kohl die Veröffentlichung von Abhörprotokollen der Staatssicherheit der DDR verhindern, ja sogar verbieten lassen? Was, so kann man fragen, steht denn in den Akten, dass Herr Kohl so aufgescheucht reagiert? Hat Helmut Kohl als Bundeskanzler die letzten Jahre verschlafen, um erst jetzt zu erfahren, was in diesbezüglichen Akten-Abhörprotokollen stehen könnte?

Das sind Fragen eines normalen Bürgers, der zehn Jahre lang erlebt hat, wie die geballte Macht des Staates, eines de-

gen Hoheitsträger, Grenzoffiziere und -soldaten, Wirtschaftsverfahren, Beugehaft, Rentenstrafrecht und Aussonderung aller Personen aus dem öffentlichen Dienst, die auch nur irgend etwas (und sei es Koch oder Säuberungsfrau) mit dem MfS zu tun hatten. Es waren nicht nur die Opfer von Rechtswillkür und Menschenrechtsverletzungen in der DDR, die zu Recht Einsicht in die Akten des Staatssicherheitsdienstes verlangten und die auch per Gesetz erhielten. Es waren auch Politiker, Journalisten, Richter und Vertreter der Öffentlichkeit, die die Nachlassenschaften des MfS weidlich nutzten.

Die ZERF wurde eingerichtet, um systematisch strafrechtlich „aufzuarbeiten“. Beispiele dafür gibt es genug und meist nach dem Schema: Presseveröffentlichung, Bloßstellung in der Öffentlichkeit, Untersuchungsausschüsse und Anfeindungen. Jeder erinnert sich an de Maiziere, Gysi, Stolpe und andere. Peter-Michael Diestel, Innenminister der letzten DDR-Regierung, äußerte zum Umgang mit den Akten: Als er merkte, dass „man auf westlicher Seite die Stasi-Akten dazu benutzen wollte, die ostdeutsche Intelligenz zu paralysieren“, habe er sich dem untergeordnet. Eine Aufarbeitung – auch der Akten – in geordneter Weise, auch unter Achtung der Lebensläufe aus dem Osten, fand nicht statt.

Vielleicht gibt ein Interview von Markus Wolf, jahrelang Chef der Aufklärung der DDR, im Tagesspiegel vom 1. April 2000 etwas Aufschluss. Auf die Frage der Zeitung, ob es „bislang unbekannte Protokolle von Helmut Kohl“ gibt, antwortete Wolf: „Ich hatte einiges auf dem Tisch, was den früheren Bundeskanzler betraf. Wir hatten schließlich gute Informationen

bezüglich der ‚Flick-Affäre‘, die 1981 aufgedeckt wurde. Auch gute Informationen über die Rolle des CDU-Vorsitzenden.“

Kohl begründet seine Ablehnung der Verwendung der Protokolle mit der Anwendung „verbrecherischer Mittel“ durch die Staatssicherheit, mit denen Intimbereiche, die private Sphäre und die Politik ausgespäht wurden. Die Bundesrepublik sei ein Rechtsstaat und die DDR hingegen ein Verbrecherregime gewesen. Joachim Gauck, Leiter der Bundesbehörde, die die Akten verwaltet, erklärte, dass er dem Druck, den Kohl auf ihn und seine Behörde ausübt, widerstehen werde

und die Akten veröffentlichen wird.

Peter-Michael Diestel vertrat und vertritt die Meinung, dass es besser wäre, die Akten zu vernichten. Er habe seinerzeit als Innenminister Gespräche mit Verantwortlichen des MfS geführt und danach versucht, Vertreter der Bundesregierung davon zu überzeugen, dass die Akten wegen ihrer Brisanz und ihres zerstörerischen Charakters, vernichtet werden müssten. Man habe nicht auf ihn und seine Rechtsauffassung gehört. Also geht es offenbar um mehr als nur um die Akten.

Im Grunde geht es doch um die Demokratie, die vom „System Kohl“ mit seinem Geldgebaren, Schwarzkonten und illegalen Wahlzuschüssen schwer verletzt wurde. Hatte Kohl nicht in der ersten Aufwallung zugegeben, dass während der Wahlkämpfe der letzten Zeit Geld an die schwachen CDU-Landesverbände in den Osten geflossen ist, um den politischen Gegner PDS zu bekämpfen. Das Totschlag-Argument der CDU zur ersten Bundestagswahl „Nie wieder Sozialismus“ lebt fort und durchzog das Denken der herrschenden CDU. Keine saubere Auseinandersetzung mit der PDS, sondern Geld als politische Hilfe. Ein Bub, der Böses dabei denkt, wenn Herr Kohl mit seinem Vorgehen gegen die Aktenveröffentlichung noch anderes im Dunklen lassen möchte, aber Totschlagargumente wie „Verbrecherstaat“ etc. verwendet!

Es gibt somit in diesem Lande nach wie vor zwei Maßstäbe: das Recht der „Sieger“, zu denen sich auch Bundeskanzler Schröder rechnet, der sich kürzlich erst wieder gegen den im Osten verwandten Begriff von der „Siegerjustiz“ wandte, und das Recht der „Verlierer“. Auf der Seite der „Sieger“, der Schwarzgeldkonten führen darf, wenn sie gegen den politischen Gegner eingesetzt werden, der Altbundeskanzler Helmut Kohl.

Der Streit um die Akten ist neu entfacht. Der Streit um die Vergangenheit ist neu entbrannt. Kommt die Bundesrepublik wegen des DDR-Erbes nicht zur Ruhe? Oder ist es vielmehr das Unvermögen dieser Kreise, einzusehen, dass Grundsätzliches verändert werden muss? Diestel sagte im Interview: „Es kann nur ein völliges Umdenken über den Umgang mit den schriftlichen Hinterlassenschaften des MfS geben. Es gibt keinen Anspruch auf Gleichbehandlung im Unrecht.“ Neues Deutschland vom 4.4.2000.

P.S.: Wer übrigens spricht, wenn es um die Abhörprotokolle der Staatssicherheit geht, über „Echelon“ oder über die Praktiken bundesdeutscher Geheimdienste (s. jüngstes Beispiel des ehemaligen Offiziers der Staatssicherheit als „Ohr und Auge“ des Verfassungsschutzes in der PDS)?

abe



mokratischen Staates, gegen die Bürger eines nicht mehr existierenden Staates DDR eingesetzt wurde, juristisch, politisch, moralisch. Dieser Bürger erinnert sich noch an die ersten Monate nach der Wende, als Meinungen kolportiert wurden, die Verfahrensweisen gegen Bürger dieses Staates überdachten. „Wir werden Euch nicht in Lager stecken, sondern Euch ökonomisch und menschlich kaputt machen.“ So oder ähnlich klang es, wie die DDR delegitimiert und ihre Träger behandelt werden sollten. Die Palette der Abstrafung für den Versuch, auf deutschen Boden Sozialismus zu machen, war demzufolge groß: Gerichtsverfahren ge-

# Die Nicht-Entnazifizierung des Regisseurs Veit Harlan

Nach 1945 bezog die westdeutsche Gesellschaft Stellung zugunsten der Täter des Dritten Reichs. Ein konkretes Beispiel ist die Diskussion über den Filmregisseur Veit Harlan. Wie sehr die Tendenz, Menschen wie ihn von jeder Verantwortung freizusprechen, auch heute noch fortbesteht, illustriert ein Artikel in der Berliner Morgenpost (19.3.2000), in dem Harlan und die an „Jud Süß“ beteiligten Schauspieler zu Opfern des NS stilisiert werden, die zu ihrem Mitwirken gezwungen worden seien und daraus Nachteile erfahren hätten: „Marian ... wurde zum Alkoholiker, mit zuletzt fürchterlichen Exzessen ... Werner Krauß flüchtete nach Österreich ... Heinrich George verlor sein Leben in sowjetischer Haft. Harlan wurde mit zwei Prozessen überzogen und blieb bis zu seinem Ende verfeindet ... Kristina Söderbaum ... führte nach 1945 ein Schattendasein an Tourneebühnen.“ – Eine deutsche Nachkriegslegende. Die Wirklichkeit sah anders aus.

Vor nunmehr fast 50 Jahren verboten das Hamburgische Landes- und Oberlandesgericht einen Boykott gegen den neuen Film Veit Harlans, „Unsterbliche Geliebte“, zu dem Erich Lüth anlässlich der Eröffnung der „Woche des deutschen Films“ am 20.9.1950 aufgerufen hatte. Lüth, Senatsdirektor und Leiter der Staatlichen Pressestelle sowie Vorsitzender des Hamburger Presseclubs, führte in seiner Begründung das ungesühnte pro-nazistische Wirken Harlans an: „Nachdem der deutsche Film im ‚Dritten Reich‘ seinen moralischen Anspruch verwirkt hatte, ist allerdings ein Mann am wenigsten geeignet, diesen Ruf wiederherzustellen: Das ist der Drehbuchverfasser und Regisseur des Films ‚Jud Süß‘! [...] Hier fordern wir von den Verleihern und Theaterbesitzern eine Haltung, die nicht ganz billig ist, die man sich aber etwas kosten lassen sollte: Charakter.“

Veit Harlan, der „Filmregisseur des ‚Teufels‘“ (Lüth), war einer der populärsten Regisseure der NS-Zeit. Für Aufsehen sorgte insbesondere sein antisemitischer Hetzfilm „Jud Süß“, der am 5.9.1940 auf der Biennale in Venedig uraufgeführt und dort, glaubt man einem Bericht im „deutschen Film“, mit „Beifall auf offener Szene“ und „stürmischen Ovationen“ gefeiert wurde. Die Auseinandersetzungen um Harlan sind ein charakteristisches Beispiel für den Umgang mit dem Nationalsozialismus in den endvierziger und fünfziger Jahren, zu einem Zeitpunkt, als die Entnazifizierung auf breiteste Ablehnung stieß, weitgehend abgeschlossen war und ehemalige Nazis

kaum noch zur Rechenschaft gezogen wurden.

In dem erwähnten Harlan-Film steht der Jude Süß als Minister am württembergischen Hof des 18. Jahrhunderts im Mittelpunkt. Er nutzt seine Stellung, um das Volk auszuplündern, und erpresst von einer christlichen Frau den Beischlaf. Süß wird, den Holocaust gleichsam vorwegnehmend, wegen „Rassenschande“ hingerichtet, die Juden aus Württemberg verbannt. Harlan selbst schrieb in „Der Film“ (20.1.1940), dass er „Jud Süß“ auf eine aufwieglerische Wirkung hin angelegt hatte: „Sämtliche anderen Judenrollen aber [außer jener des Süß], die im Film vorkommen, werden von einem einzigen deutschen Charakterdarsteller gespielt [...] Es soll gezeigt werden, wie alle diese verschiedenartigen Temperamente und Charaktere, der gläubige Patriarch, der gerissene Betrüger, der schachernde Kaufmann usw. letzten Endes aus einer Wurzel kommen.“ Entsprechend sah die Filmmankündigung aus: „Der von Harlan inszenierte Film geht von den geschichtlichen Tatsachen aus und dringt bis zum Kern des Problems vor, das überall dort aktuell sein wird, wo es dem Juden gelingt, sich Macht anzueignen.“

Die „Meldungen aus dem Reich“ des Sicherheitsdienstes dokumentieren, dass das Film-Konzept aufgegangen ist: Im Anschluss an eine Szene, in der „Juden mit Sack und Pack in die Stadt Stuttgart“ einziehen, „ist es wiederholt während der Vorführung des Filmes zu offenen Demonstrationen gegen das Judentum gekommen. So kam es z.B. in Berlin zu Ausrufen wie ‚Vertreibt die Juden vom Kurfürstendamm! Raus mit den letzten Juden aus Deutschland!‘“ Ähnliche emotionale Ausbrüche registrierte die Sicherheitspolizei in Straßburg: Die „Vertreibung der Juden und die Hinrichtung des ‚Süß‘, bei der seine ganze Feigheit zum Ausdruck kommt, [wird] mit großer Genugtuung und Befreiung aufgenommen (geschieht ihm recht, dem Dreckjud‘, ‚aufgehängt gehören sie alle!)“. Der Film verfehlte seine Wirkung nicht.

Während sich also die Äußerungen Harlans während des Nationalsozialismus über „Jud Süß“ ziemlich mit dem Filminhalt deckten, hörte sich Harlan nach der deutschen Niederlage ganz anders an, seine selbstmitleidige Rechtfertigung „Im Schatten meiner Filme“ (1966 veröffentlicht) steht in einem bezeichnenden Kontrast zur Wahrnehmung seines Streifens durch die NS-Presse. Er habe den Film nicht drehen wollen, sei dazu aber von Goebbels gezwungen worden. Er habe dann immer wieder ver-

sucht, den Film zu entschärfen, so konnte er Goebbels davon überzeugen, dass die dargestellten Juden von der maskenbildnerischen Abteilung keine „Hakennasen“ verpasst bekamen. Den Inhalt habe er fast komplett umdrehen können; sei der historische Süß, so Harlan unter Bezug auf ältere antisemitisch geprägte Untersuchungen, ein Dieb und Verbrecher gewesen, so zeige sein Film einen anderen Charakter: „In dem von mir inszenierten Film wird also ein Jude gezeigt, der seine eigenen Millionen opfert, um seine Stammesgenossen nach Stuttgart zurückführen zu können, über welcher Stadt dem Gesetz nach ‚der Judenbann‘ lag. Dieser Jude betreibt mit dem Rabbinat zusammen systematisch die Bekämpfung des Antisemitismus. Er entfesselt schließlich eine Revolution gegen den Antisemitismus.“ Harlan brachte also einen Stoff auf die Leinwand, der weniger den Radauantisemitismus bediente (wie z.B. „Der ewige Jude“, in dem Juden „Untermenschen“ waren und als Ratten dargestellt wurden), sondern vielmehr eine jüdische Gemeinschaft konstruierte, festverschworen und aneinandergebunden, die ihre Interessen gemeinsam gegen die Christen durchsetzte, kurz: die „jüdische Weltverschwörung“ dargestellt an dem Geschehen in einer deutschen Stadt der frühen Neuzeit. Diese Darstellungsweise wusste auch der gleichgeschaltete „deutsche Film“ zu würdigen: „der filmisch und stofflich sehr sauber durchgeformte überlegene Film [erzielt] im Beschauer das Gefühl eines überparteilichen Berichts, der darum ganz besonders erschüttert“. Es besteht ein Unterschied zwischen „Der ewige Jude“ und „Jud Süß“, aber heißt das, der eine wäre weniger antisemitisch als der andere?

Harlan drehte während des „Dritten Reichs“ zahlreiche weitere Filme, von denen etliche der politischen Propaganda dienten und damit Goebbels' Überzeugung folgten, „dass der Film eines der modernsten und weitreichendsten Mittel zur Beeinflussung der Massen ist, die es überhaupt gibt“: „Mein Sohn, der Herr Minister“ (1937) ist ein Film, der vor dem Hintergrund der Volksfront-Regierung in Frankreich entstand und Parlamentarismus mit Kommunismus gleichsetzt, der kommunistische Agitator zieht die Fäden im Hintergrund. „Der Herrscher“ (1937) zeigt einen „Betriebsführer“, der mit harter Hand seinen Betrieb zugunsten der Volksgemeinschaft leitet; „Führerprinzip“ und „Treue zum Volk“ werden propagiert. „Der Große König“ (1942) brachte einen Friedrich den Großen in die Kinos, der auf Hitler als Pendant in der

Gegenwart bezogen ist. Die nahezu aussichtslose Lage der preußischen Armee wendet sich dank des Optimismus und der Tatkraft des Königs zum Guten – die Parallelen zu der prekären Lage, in der sich die Wehrmacht 1942 bereits befand, sind nicht zu übersehen. „Kolberg“, Anfang 1945 herausgekommen, diente der Durchhaltepropaganda. Das von den Franzosen 1806/7 bedrängte Kolberg wird von dem couragierten Nettelbeck zum Widerstand und Durchhalten gegen den Feind bewegt.

Veit Harlan spielte also eine gewichtige Rolle in der nationalsozialistischen Propaganda. Er musste sich daher vor einem Entnazifizierungsausschuss verantworten. Gegen das Votum des zuständigen Entnazifizierungsausschusses für Kultur wollte der Zentralkommission für die Ausschaltung von Nationalsozialisten Harlan 1947 in die Kategorie V als Unbelasteten einstufen. Diese Eingruppierung erscheint als um so absurder, betrachtet man die Kriterien für die Kategorie V und liest jene der Kategorie II (Belastete) dagegen. Als entlastet galt nach dem „Befreiungsgesetz“, das zunächst nur in der Amerikanischen Besatzungszone galt und im Oktober 1946 weitgehend auf alle vier Besatzungszonen ausgedehnt worden war, wer trotz formeller NSDAP-Mitgliedschaft Widerstand geleistet und deshalb Nachteile erlitten hatte. In die Kategorie II war demgegenüber u.a. einzugruppieren, wer überzeugter Anhänger des NS-Regimes und besonders seiner Rassenlehre war, hetzerisch oder gewalttätig gegen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften vorgegangen ist, für Aufrüstung, Militarismus und die Beherrschung fremder Völker Verantwortung trug oder sie propagandistisch förderte. Diese Kriterien passen ziemlich gut zur filmischen Tätigkeit Harlans im Faschismus. Als Sühnmaßnahme hätten ihn u.a. bis zu fünf Jahren Arbeitslager, Vermögenseinzahlung sowie fünfjähriger Ausschluss von freien und selbstständigen Berufen erwartet. Allerdings lag Harlans Entlastung nicht ausschließlich an dem moralischen Versagen des deutschen Entnazifizierungsausschusses. Die britische Militärregierung hatte sich die Entscheidung über die Eingruppierungen in die Kategorien I (Hauptschuldige) und II vorbehalten, hätte ihrerseits also mit der Eingruppierung Harlans als Belastetem dem deutschen Ausschuss zuvorkommen können.

Harlan sah seine Eingruppierung in die Reihe der Entlasteten als nur allzu berechtigt an, rechtfertigte er doch sich und seinen Film in einem dreisteilen Schreiben



## In allen führenden Theatern im Reich

Plakat zum Film: die rassistische Grundtendenz ist deutlich.

an den Rabbiner Dr. Joachim Prinz (24.7.1948) anlässlich eines bevorstehenden Prozesses gegen sich: „Die Antwort meiner Verteidiger wird lauten: Keine Hetze, sondern Darstellung des jüdischen Problems mit künstlerischen Mitteln, kein verzerrtes Bild, sondern Aussprechen des Wesentlichen, des Menschlichen. Von dem Zwang, der auf sämtliche Künstler ausgeübt wurde, will ich in diesem Brief nicht sprechen. Ich versichere Sie jedoch, dass ich mit der Partei, mit dem Antisemitismus und mit der ganzen nationalsozialistischen Ideologie nicht das geringste zu tun hatte.“

AntifaschistInnen sahen das natürlich völlig anders. Die Hamburger VVN schrieb in ihrer Zeitung „Appell“, dass die Entnazifizierung „nur noch als eine Komödie der Irrungen“ zu betrachten sei. Wer an verantwortlicher Stelle im Kulturlernen des „Dritten Reichs“ tätig gewesen sei, müsse aus dem heutigen verschwinden. An anderer Stelle sprach die VVN bezüglich des Urteils zugunsten

Harlans und anderer, in die gleiche Richtung weisen der Entscheide von einer „starken Beunruhigung unserer Kameraden“. Die VVN hatte zuvor vergeblich versucht, durch Bereitstellung von Informationen an die Gerichte, aber z.B. auch durch das Vorführen der Filme „Jud Süß“ und „Kolberg“ vor Bürgerschaft und Presse, auf die Ereignisse Einfluss zu nehmen.

Gegen Harlan wurde Anzeige erstattet, um zu verhindern, dass er ungestraft davonkomme. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Kontrollratsgesetz 10 – Mitwirkung an der Verfolgung von Minderheiten. Das erste Schwurgerichtsurteil vom 23.4.1949 brachte einen Freispruch, da zwischen der Judenverfolgung und dem Film keine strafrechtlich relevante Kausalität bestehe. Harlan war weit von jeglicher Reue entfernt: „Mit Antisemitismus hatte ich gar nichts zu tun, er ist ein Schandfleck auf der deutschen Seele.“ Er ging sogar noch weiter und versuchte, sich zu einem Widerständler zu stilisieren, „Jud Süß“ habe er entgegen den Goebbelschen Weisungen bis zur Grenze zum Selbstmord entschärft.

Schuld an der Klage gegen sich, so Harlans Version, sei eine falsch urteilende Öffentlichkeit, die „der

Oberflächlichkeit [entsprach], mit der man der tragischen Vergangenheit nach dem Kriege begegnete“. Gegen Zeugen Harlans habe es Verschwörungen gegeben. Antisemitische Tumulte, zu denen es während der Verhandlungen im Gerichtssaal gekommen war, seien von seinen Gegnern inszeniert worden. Von Reue oder Einsicht in die Verwerflichkeit seiner Arbeit konnte bei Harlan keine Rede sein. Wenn er wiederholt völliges Unverständnis dafür äußerte, dass ihm Vorwürfe gemacht wurden, so war diese Empörung wahrscheinlich noch nicht einmal gespielt. „Man wollte nachweisen, dass ich ein Judenhaser sei, dass ich ein Busenfreund von Goebbels war und dass ich verantwortlich für die Entstehung des Films ‚Jud Süß‘ wäre“ – alles „monströse Unwahrheiten“. Es ist durchaus möglich, dass Harlan „nichts gegen Juden“ hatte, und wahrscheinlich, dass er keineswegs mit dem Reichspropagandaminister befreundet war, aber nimmt das auch nur einen Bruchteil der

Schuld, die Harlan mit seinem filmerischen Schaffen im Nationalsozialismus auf sich geladen hatte, von ihm? Harlan wollte – und da war er bei weitem nicht der einzige – niemals die Verantwortung für sein Tun übernehmen.

Gegen den Freispruch meldete die VVN zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft, der Internationalen Frauenliga und den Vereinten Bünden eine Protestkundgebung in der Hamburger Universität an, die von der Militärregierung erlaubt wurde. Dem Senat gelang es jedoch mittels formaler Tricks, die Kundgebung zu unterbinden. Sie sei nicht rechtzeitig angemeldet worden, so dass der Uni-Saal nicht zur Verfügung stehe. Der Saal wurde gesperrt. Die Stellungnahme des Hamburger Senats war kaum misszuverstehen. Bürgermeister Max Brauer (SPD) war auf scharfen Abgrenzungskurs zur VVN gegangen, der vorgeworfen wurde, kommunistisch unterwandert zu sein.

Am 12. Dezember 1949 hob der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone in Köln Harlans Freispruch auf, da erst die jahrelange jüdenfeindliche Propaganda, zu der auch „Jud Süß“ zu zählen sei, die Voraussetzungen für die breite Unterstützung in der deutschen Bevölkerung für die antisemitischen Massenmorde geschaffen habe. Das Schwurgericht musste aufgrund dieser Feststellungen erneut verhandeln, kam aber wieder zu einem Freispruch (29.4.1950). Diesmal konnte aufgrund des Kölner Urteils der Film nicht mehr als bedeutungslos für die Judenverfolgung hingestellt werden, es wurde aber auf Befehlsnotstand Harlans entschieden, da dieser sich nicht ohne Gefahr dem Auftrag Goebbels' habe entziehen können. Der Vorsitzende Richter, Walter Tyrolf, war vor 1945 übrigens Staatsanwalt eines Sondergerichts und hatte in 20 Fällen, u.a. wegen leichten Diebstahls, auf Todesstrafe plädiert.

Lüths Boykottaufruf erklärt sich daraus, dass Harlan weder von den Entnazifizierungsausschüssen noch von den Gerichten zur Rechenschaft gezogen worden war. Nach dem Verbot seines Aufrufs erhielt er allmählich Unterstützung u.a. aus akademischen Kreisen und Gewerkschaften. Der Hamburger Senat gewährte Lüth Rechtsschutz. Professoren der hamburgischen Universität schlossen sich dem Boykottaufruf an, Studierende demonstrierten für Lüth. 1951 kam es in verschiedenen Städten zu Demonstrationen und Störaktionen gegen die „Unsterbliche Geliebte“. Aber auch Antisemiten äußerten sich in diesem Kontext wieder öffentlich. In Salzburg und Freiburg kam es als Reaktion auf die Proteste gegen Harlan zu antisemitischen Ausschreitungen. Erst am 15. Januar 1958 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Verbote gegen Lüths Boykottaufruf für verfassungswidrig. (F)

Dieser Artikel ist in einer kürzeren Fassung bereits in der jungen welt erschienen.

#### Benutzte Literatur und Quellen:

Dietrich Kuhlbrodt: „Jud Süß“ und der Fall Harlan/Lüth. Zur Entnazifizierung des NS-Films, in: Peter Reichel (Hg.): Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Bd. 6 der Schriftenreihe der Hamburgischen Kulturstiftung, Hamburg 1997, S. 101-112.  
Siegfried Zielinski: Veit Harlan. Analysen und Materialien zur Auseinandersetzung mit einem Film-Regisseur des deutschen Faschismus, Frankfurt a.M. 1981.  
Stefan Mannes: Antisemitismus im nationalsozialistischen Propagandafilm. Jud Süß und Der ewige Jude, Reihe Filmwissenschaft, Bd. 5, Köln 1999.  
Erwin Leiser: „Deutschland, erwache!“ Propaganda im Film des Dritten Reiches, Hamburg 1968.  
Hilmar Hoffmann: „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit“. Propaganda im NS-Film, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1988.  
Erich Lüth: Viel Steine lagen am Weg, Ein Quer-

kopf berichtet, Hamburg 1966.  
Der deutsche Film. Zeitschrift für Filmkunst und Filmwirtschaft, 5. Jg. (1940/41).  
Der deutsche Film. Zeitschrift für Filmkunst und Filmwirtschaft, Sonderausgabe 1940/41, Berlin o.J.  
Veit Harlan: Im Schatten meiner Filme. Selbstbiographie, hrsg. von H.C. Opfermann, Gütersloh 1966.  
Ruth Hemken (Hg.): Sammlung der vom alliierten Kontrollrat und der amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, Stuttgart o.J. (1. Aufl. 1946).  
Amtsblatt der Militärregierung in Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, No. 16.  
Appell! Blätter der Verfolgten des Naziregimes, 2. Jg. (1948).  
Jahresbericht des Komitees ehemaliger politischer Gefangener, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, o.O.o.J. (Hamburg 1948).  
Der Spiegel 3. Jg. (1949), H. 10.  
Die Welt vom 5.5.1949.

#### Buchbesprechung Samir Amin:

## Die Zukunft des Weltsystems

Seit einigen Wochen ist das neue Buch von Samir Amin *Die Zukunft des Weltsystems* auf deutsch erhältlich. Leider hat der Herausgeber und Übersetzer Joachim Wilke nur ein Teil der französischen Originalausgabe *Les Defis de la Mondialisation* ins Deutsche übertragen. Warum nur diese und warum die anderen nicht, wird nicht erläutert, was die Sache recht unbefriedigend macht, zumal die Überlegung, gerade dieses Buch dem deutschen Sprachraum zugänglich zu machen, eine sehr lobenswerte ist: „Samir Amins Buch ist unbequem. Sein Autor sieht die Welt vom Süden her; da schaut sie anders aus als an der Außenalster oder in Sankt Augustin.“ (Vorwort)

Hier steckt die Kritik am eurozentristischen Blickwinkel drin, zu Recht, aber dann hätte ich doch gerne das Buch in der vollständigen Fassung vor mir, weil sonst der Eindruck entsteht, dass doch wieder nur der Teil übersetzt wurde, der „eurozentristisch“ interessant ist.

Aber schon der Teil, der übersetzt vorliegt, hat es in sich. Auf knapp 150 Seiten erläutert Amin die Entstehungsgeschichte des kapitalistischen Systems, beschreibt die Besonderheiten des weltweiten modernen Kapitalismus, und schließt mit dem Vorschlag einer „Strategie der Befreiung“ (Kapitelüberschrift).

Es ist daher klar, dass als Form der Darstellung nur die der thesenhaften Beschreibung und deren knappen Begründung möglich ist. Drei Thesen führen dann auch unmittelbar in das Werk ein. „1. These: Die kapitalistische Produktionsweise bringt einen qualitativen Bruch mit den vorangegangenen Systemen... 2. These: Das moderne, das kapitalistische System ist das erste, das global ist... 3. These: Das globalisierte Wertgesetz führt mit Notwendigkeit zur Polarisierung, d.h. zu mit der Akkumulation weltweit verbundener Verarmung, einem neu-

en Phänomen ohne Beispiel in der früheren Geschichte...“ (S. 11/12)

Um diese drei Thesen entwickelt Amin nun Entstehung und modernes Erscheinungsbild des Kapitalismus. Dabei erläutert er sein theoretisches Werkzeug, basierend auf der marxistischen Analyse, die er heute weiterhin als für „mich wesentlich, grundlegend und unumgänglich“ hält. (S.11) Dabei werden auch die Schwachpunkte der traditionellen marxistischen Analyse benannt: „Relativ schwach entwickelt blieb die sozialistische Kritik – auch im historischen Materialismus – jedoch bezüglich der anderen Dimension des Kapitalismus, d.h. seiner auf Polarisierung des Systems gegründeten Entfaltung als Weltsystem.“ (S.11) Hier konnten dann verschiedene Analysen nach Marx einige Abhilfe schaffen, wobei er dann auf den folgenden Seiten die verschiedenen Protagonisten einer kritischen Würdigung unterzieht. Dabei wendet er sich insbesondere gegen die Vertreter derjenigen Schule, die in dem kapitalistischen Weltsystem notwendig eine Form von Entwicklung für alle Länder der Erde sehen. Globalisierung, kapitalistisches Weltsystem und Entwicklung von Gesellschaften will er stark auseinanderhalten. „Wer behauptet, keine Gesellschaft könne der ständigen Herausforderung der (kapitalistischen) Globalisierung entrinnen, ‚Entwicklung‘ verstehe sich nur innerhalb dieses Systems, ‚selbständige Entwicklung‘ außerhalb seiner sei nicht möglich, der hält sich an einen realen Tatbestand: Kapitalistische Entwicklung ist wirklich so. Aber er gibt von vorneherein die Idee preis, dass es möglich ist, die Welt zu verändern... Kapitalistische Expansion ist ihrer Natur nach polarisierend. Entwicklung muss von anderer Natur sein und diese Polarisierung überwinden. Entwicklung ist m.E. ein kapitalismuskritischer Be-

griff.“ (S.39/40)

Nun hat es nach dem Zweiten Weltkrieg eine Auseinandersetzung um die Möglichkeit einer zum kapitalistischen Weg unterschiedlichen Entwicklung gegeben. Die Modelle, die dort zur Prüfung anstanden, konnten aber nach Amin ihre Erwartungen nicht erfüllen. Weder die Intentionen der nationalen Bourgeoisien des Trikont (Bandung-Ära) noch die Versuche der sozialistisch genannten Staaten schafften es, der Logik des kapitalistischen Systems zu entfliehen. Ihre Versuche waren nichts anderes als eine Aufholbewegung an den führenden kapitalistischen Standard und damit keine Alternative. Das unkontrollierte exponentielle Wachstum, das auch diese Versuche zugrunde lag, ist der Weg zum Selbstmord und führt letzten Endes zu Massen- und Völkermord in seinen zur Revolte gedrängten Peripherien.

Diese Analyse ist bekanntlich nicht neu, und es drängt sich die Frage auf: Was tun?

Auch hier hat Amin die Antwort parat: Es ist der Weg des langen Atems. „Will man den Realismus – die sofortige Effizienz der Aktion – und die langfristige Perspektive ... vereinen, so wird es nötig, den formalistischen, viel zu abstrakten Gegensatz zwischen Reform... und Revolution... fallen zu lassen. In dem Bemühen, Realismus und Perspektive zu vereinen, ist der Akzent dann eher auf das Streben nach, sozusagen ‚radikalen Reformen‘ zu setzen, die nicht vollständig in allen Dimensionen mit den Logiken des Systems brechen, aber deren Bedeutung verändern und so ihre Überwindung aus dem Innern des Systems heraus vorbereiten.“ (S. 145)

Anhand von vier Herausforderungen (1. Die Herausforderung des Marktes; 2. Die Herausforderung der Weltwirtschaft; 3. Die Herausforderung der Demokratie; 4. Die Herausforderung des nationalen und kulturellen Pluralismus) schlägt Amin unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ (S.145) vor, Diskussionen und Aktionen zu entwickeln, die die unterschiedlichen regionalen Bedingungen berücksichtigen.

Das für mich Zwiespältige an dem Buch ist, dass ich vielen Thesen zustimmen kann, aber das Gefühl und Wissen aufkommt, das kennt man alles schon. Warum dazu wieder eine neues Werk? Es fällt mir auf, dass die vielfältige Literatur über Weltmarkt und Trikont usw. von links her mehr den Überflieger zeigt, immer kursorischer und meinungshafter wird. Zurückgedrängt sind konkrete Analysen, Sozialstatistiken und Länder- und regionalspezifische Analysen, die einem ein klareres Bild über den Gang der Dinge geben. Trotzdem empfehle ich das Buch von Amin weiter, weil es an vielen Punkten zu weiterem Forschen und zur Aktion anregt und dem Kritikastern eines besserwisserischen Altlinken einige frische Denk- und Handlungsansätze gibt.

hav, an/az

## Leseempfehlung

# Der Weg in den Krieg

Die BRD sei „gutwillig, überfordert, am Ende machtlos“ in den NATO-Krieg hineingeschliddert, schrieb vor einem Jahr die „Zeit“. Tatsächlich verbanden nahezu alle Medien die Rechtfertigung des Eroberungskrieges und der deutschen Beteiligung geschickt damit, die BRD in der Rolle einer zunächst durch die USA fast überrumpelten, dann zunehmend mäßigend wirkenden Kraft darzustellen, die zuletzt dank des diplomatischen Einsatzes Fischers den Frieden erwirkte.

In diesen Wochen nun erschien bei Elefanten Press das Buch „Der Weg in den Krieg – Deutschland, die Nato und das Kosovo“, das mit dieser Legende gründlich aufräumt. Der Autor Matthias Küntzel, von 1984 bis 1988 Referent der Grünen-Bundestagsfraktion, geht vor allem der These nach, „dass keine andere Macht diesen Konflikt so wie Deutschland geschürt hat: zielstrebig, bewusst und die Vorgaben der Vereinten Nationen vorsätzlich missachtend“. Da die entscheidenden Dokumente aus erster Hand noch auf Jahrzehnte in den Panzerschränken der beteiligten Regierungen bleiben, wertet Küntzel vorwiegend UN-Dokumente und das weite Feld der Sekundärtexte aus, vor allem Artikel internationaler Zeitungen und überregionaler deutscher Zeitungen, insbesondere der FAZ, sowie außenpolitische Zeitschriften, das Archiv der Gegenwart und Beiträge aus einschlägigen Forschungseinrichtungen wie z.B. dem Münchner Süd-Ost-Institut. Auch wenn viele Einzelheiten Interessierten bekannt waren oder doch wenigstens bekannt sein konnten, gelingt es ihm durch systematische Aufbereitung des durchforschten Materials, die These von der deutschen Kriegstreiberei anhand der Vorgeschichte des Krieges eindrucksvoll zu belegen und neue Erkenntnisse über deutsche Zielstrebigkeit bei der Neuordnung Europas zu Tage fördern.

Durch Rückgriffe auf die blutige Geschichte deutscher Balkanpolitik wird anschaulich, wie tief in der Geschichte die deutschen Interessen wurzeln und mit welcher fast schon schlafwandlerischen Sicherheit die herrschende Politik auf alterprobt – völkische – Mittel und Methoden zur Durchsetzung dieser Interessen zurückgreift, dabei an alte Traditionen anknüpft und sich ihrer Symbole zur Unterstreichung heutiger Ansprüche bedient – so sendet z.B. der deutsche Soldatensender heute über den lokalen Rundfunk in Prizren zum Programmschluss Lale

Andersens Lili Marleen, das einst, seit 1941, der deutsche Wehrmachtssender Belgrad tagtäglich ebenfalls zum Programmschluss ausstrahlte.

Mit weiteren Legenden räumt das Buch ebenfalls auf, etwa mit der Propagandabehauptung u.a. aus dem Außenministerium, bei der UCK handele es sich um eine Befreiungsorganisation. Demgegenüber weist Küntzel schlüssig nach, dass es der UCK in Theorie und Praxis „nicht um irgendeine Form albanischer Eigenstaatlichkeit, sondern um eine ‚ethnisch reine‘ Staatlichkeit (geht), die alles, was vom völkischen Homogenitätsideal abweicht oder an die ehemalige serbische Herrschaft erinnert, zerstören und ausrotten will“, im Unterschied zu serbischem Nationalismus und Chauvinismus, der selbst in seiner brutalsten Ausprägung ein alles „Abweichende“ vernichtendes Homogenitätsideal eben nicht verfehlt, wie Küntzel ausführt.

Nicht alle Thesen des Buches sind so überzeugend. Recht großen Raum widmet Küntzel der Beschreibung und Belegung der Widersprüche zwischen den Nato-Staaten. So schreibt er z.B., dass die, nach anfänglichem Zögern erfolgte, Orientierung der USA auf den Krieg „weniger dem erklärten Ziel (diente), Milosevic zu besiegen, als vielmehr dem unerklärten Anliegen, die neuerwachten Ambitionen der EU zumindest abzubremesen“. Es soll nicht bestritten werden, dass solche Widersprüche und Erwägungen eine Rolle spielten, doch beherrschten und beherrschen m.E. gleichgerichtete Interessen die Politik des Bündnisses und ihre militärische Fortsetzung, Interessen, die in der Eroberung des Kosovo nicht erschöpft sind, auch nicht in der völligen Zerschlagung Jugoslawiens, die das Bündnis forciert auf die Tagesordnung setzt. Dass der „erste Neuordnungskrieg seit dem Mauerfall und dem Beginn der ‚neuen‘ Weltordnung“ (Küntzel) auf die großen Hindernisse dieser „neuen Weltordnung“ zielt, Russland vor allem, aber

auch China, deutet Küntzel höchstens an. Vor diesem Hintergrund sind die Widersprüche zwischen den Nato-Mächten zwar ernst zu nehmen, aber als Widersprüche zwischen Räubern, die sich auf den gemeinsamen großen Raubzug vorbereiten.

Darüber wird weiter zu diskutieren sein. Ungeachtet dessen ist das Buch Küntzels ein wichtiger Beitrag zur Kritik der deutschen Außenpolitik und der ihr zugrunde liegenden Interessen. scc





**15.-16. April:** Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Siehe ausführlich in den Ausgaben 4 und 5. Beginn: Samstag, 10 Uhr, Ende Sonntag gegen 13 Uhr

**15. April, Berlin:** AG Kommunalpolitik der PDS, 11-16 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin-Mitte, Vulkan-Beratungszentrum Saal 1. TO: 1. Stadtwerke unter Wettbewerbsdruck – Anforderungen an die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen; 2. Kurzer Informationsaustausch zu aktuellen kommunalpolitischen Schwerpunkten und Vorhaben in den Bundesländern

**15. April, Frankfurt:** Tarifpolitik im Shareholder-Kapitalismus – Tagung des Forum Gewerkschaften, Frankfurter Gewerkschaftshaus, 10.30-17.30 Uhr. Das detaillierte Programm und die Anmeldemodalitäten gibt es auf der Homepage der Zeitschrift Sozialismus: [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

**19. April:** Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG, ICC Berlin, mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband kritischer DaimlerChrysler Aktionäre, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/608396, Fax: 0711/608357, E-Mail: [orl@gaia.de](mailto:orl@gaia.de)  
Internet: <http://www.dfg-vk.de/orl/index.htm>

**27./28. Mai, München:** 8. isw-forum zum Thema: Kapitalismus im XXI. Jahrhundert. Entwicklungslinien der politischen Ökonomie des Kapitals. Mit ReferentInnen aus USA, Kuba, Japan, China und Deutschland. Cuba: Globalisierung und Staat (Referat: Mitarbeiter des „Forschungszentrums Weltwirtschaft“, Havanna); USA: Boom ohne Ende? (Referat: Prof. Richard D. Wolff, Department of Economics, University of Massachusetts); Japan: Von der „Herausforderung“ zur „Gefahr“ für die Weltwirtschaft; China: „Langer Marsch“ zum Sozialismus oder Übergang zum Kapitalismus? (Referat:

ADRESSAUFKLEBER

Mitarbeiter/in des „Forschungszentrums für die gegenwärtige Welt“, Peking); Verbrechen Wirtschaft – Moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität (Referat: Conrad Schuhler, Mitarbeiter des isw e.V.) Eintritt pro Tag: 10,- DM, beide Tage: 16,- DM, StudentInnen, Arbeitslose, SchülerInnen je die Hälfte. Veranstalter: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. Veranstaltungsort: München, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Beginn jeweils 10 Uhr

**14. Mai:** Landtagswahl in NRW

**20. Mai:** Fachtagung in Rostock: Rechtsextremismus – reiner Männerwahn? Veranstalterinnen: AGLisa, AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der PDS und AK feministische Politik der PDS-Bundestagsfraktion

**27. bis 30. Juli:** Linke Sommerschule. Näheres zu Ort und Themen später.

## OSTERMÄRSCH UND -AKTIONEN 2000

### Samstag, 15.04.

Oldenburg: Vorgezogene Ostermarsch-Aktion 2000, 11 Uhr: Auftaktkundgebung am Kriegerdenkmal, Hauptstr.

### Freitag, 21.04.

Bruchköbel: Kundgebung „Wir bleiben dabei: Schluss mit Rüstung und Krieg“, 14 Uhr, auf dem Freien Platz

**Chemnitz:** Auftakt: 10 Uhr anschl. Demonstration durch die Innenstadt  
**Dortmund:** Mahngang von der Kirchhörder Straße zum Mahmal für die Opfer (politische Gefangene und Widerstandskämpfer) der Karfreitag-Erschießung im April 1945 in der Bittermark, Kundgebung: 15 Uhr,

**21.04. – 23.04. Leipzig bis Schneeberg:** Fahrradtour Ostermarsch 2000 „Gegen deutsche Interventionstruppen – Für die Auflösung der Krisenreaktionskräfte! [KRK]“ von Leipzig über Borna, Penig, Chemnitz nach Schneeberg. Dort Abschluss an der Jägerkaserne (Hundshübler Str. 2) (KRK-Standort),

### Samstag, 22.04.

**Augsburg:** „Wir haben nicht vergessen“ zu den Folgen des Krieges gegen Jugoslawien, Kundgebung mit Infomarkt 10 Uhr, Königsplatz,

**Braunschweig:** Fahrrad-Demonstration, 10.30 Uhr, Kohlmarkt

**Duisburg:** Ostermarsch Ruhr „Eine Welt ohne Krieg, ohne Waffen wollen wir.“ von Duisburg nach Dortmund, 10.30 – 12.00 Uhr: Friedensmarkt und Kundgebung „Gegen die neue Kriegspolitik“ in Duisburg Königstraße gegenüber von Karstadt, 12.00 Uhr: Abmarsch, 13.30 – 15.30 Uhr: Abschlusskundgebung im Falkenheim, Duissernstr 98

**Kassel:** Ostermarsch „Deutsche Politik muss Friedenspolitik werden“ München: „Wir bleiben dabei: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“, Auftakt: 11.30 Uhr, Sendlinger-Tor-Platz; 12 Uhr, Demonstration; 12.30 Uhr Kundgebung auf dem Marienplatz;

**Rostock:** Ostermarsch 2000 „Schluss mit Rüstung und Krieg“, 10 Uhr, Eröffnungskundgebung am Steintor bei der Friedenseiche, ca. 11 Uhr Meeting am Kröpeliner Tor mit Ständen und Informationsmöglichkeiten

**Saarbrücken:** Ostermarsch „Keine Pflugscharen zu Schwertern! Keine Geburt Europas aus dem Geist der Militärischen Gewalt!“, 11 Uhr an der Johanneskirche

**Suhl:** Kundgebung 10.30-12 Uhr, Dianabrunnen

**Überlingen:** Internationaler Bodensee-Ostermarsch 2000 „Gegen NATO – Gegen den Missbrauch der Menschenrechte!“, Treffpunkt: 10.45 Uhr Westbahnhof Überlingen, anschl. Demo durch die Innenstadt, Schlusskundgebung: 12.30 Landungsplatz

**Wedel:** „Frieden verwirklichen“, 10 Uhr, Kundgebung vor dem Rathaus, 11 Uhr, Ostermarsch durch Wedel anschl. (12 Uhr) Friedensfest auf dem Theaterschiff „Batavia“

### Sonntag, 23.04.

**Essen nach Bochum:** Ostermarsch Ruhr „Eine Welt ohne Krieg, ohne Waffen wollen wir.“ von Duisburg nach Dortmund; 11.00 – 11.30 Uhr: Auftaktkundgebung am Willy Brandt Platz am Hauptbahnhof in Essen 15.00 – 17.30

Uhr: Abschlusskundgebung „Atomwaffen abschaffen“, Bochum-Langendreier, Bahnhof Langendreier,

**Fretzdorf:** 60. Protestwanderung und Ostermarsch für eine freie Heide „Gewalt hat keine Zukunft!“, Auftakt: 14 Uhr Fretzdorf Dorfplatz

**Wolmirstedt:** Ostermarsch 2000 für eine militärfreie Colbitz-Letzlinger Heide „Frieden schaffen ohne Waffen!“ militärfrei – zivil – friedlich. 11 Uhr, vom Bahnhof Wolmirstedt auf der B 189 nach Colbitz in die Colbitz-Letzlinger Heide, Abschlussveranstaltung: 14 Uhr, Kirchplatz (Colbitz); Montag, 24.04.

**Berlin:** Auftakt: 13 Uhr, „Neue Wache“, Unter den Linden, Motto: „Wir wollen keine schnelle Eingreiftruppen – Nirgendwo“, „AKW abschalten sofort“, anschl. Konzert für Mumia Abu Yamal (Geburtstag 24.04)

**Bochum nach Dortmund:** „Eine Welt ohne Krieg, ohne Waffen wollen wir.“ von Duisburg nach Dortmund, 11.00 Uhr: Auftaktkundgebung am Ernst-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstr. 14.00 – 17.30 Uhr: Abschlussveranstaltung am Schauspielhaus Dortmund: Kundgebung und Friedensfest

**Düsseldorf:** Ostermarsch Rheinland 2000 „Frieden braucht Bewegung – Eine Welt ohne Krieg, ohne Waffen wollen wir!“, Auftakt: 12 Uhr Gustav-Grundgensplatz Abschluss: 15 Uhr Burgplatz

**Frankfurt:** Ostermarsch in Frankfurt „Wir bleiben dabei: Schluss mit Rüstung und Krieg“, Auftakte: 10.30 Uhr: Rödelheim, Bahnhof; 11.30 Uhr: Eschersheim, Weißer Stein; 11 Uhr: Offenbach, Stadthof (Rathaus); 11.30 Uhr: Niederrad, Bruchfeldplatz; Abschlusskundgebung: 13 Uhr Römerberg

**Hamburg:** Ostermarsch 2000 „Gegen die Militärlogik: Bundeswehr abrusten! – Keine deutschen Waffen an die Türkei!“, Auftakt: 13 Uhr, Klosterstern

**Mannheim:** Busfahrt zum Ostermarsch nach Stuttgart, 10.30 Uhr: Mannheim, DGB-Haus, Abfahrt der Busse, Karten: Friedensbüro: 0621/406006, Mathias Kohler: 0621/853272, Thomas Trüper: 0621/3066827, Gaby Weiland: 0621/79352520, Preis: 15,- DM,

**Müllheim:** Osteraktion 2000 Dreyeckland „Frieden ist das Mindeste“, Demonstration „für eine Kultur des Friedens“: 15 Uhr, Auftakt: Robert-Schumann-Kaserne; 16 Uhr, Friedensmarkt auf dem Marktplatz

**München:** „Ostermarsch draußen“, Ausflug zur US-amerikanischen Abhöranlage in Bad Aibling, Abfahrt: 9.30 Uhr Hbf München zum Bahnhof Heufeldmühle, Wanderung rund um die Abhöranlage

**Nürnberg:** „Für ein Jahrhundert des Friedens und der Abrüstung“, Auftakt: Erlangen, 13 Uhr, Hugonottenplatz anschl. Fahrradfahrt / Bahnfahrt nach Nürnberg; Nürnberg Nordost, 13 Uhr, Olaf-Palme-Platz. Abschlusskundgebung: 15 Uhr, vor der Lorenzkirche

**Stuttgart:** (landesweiter) Ostermarsch in Stuttgart „Bewegung für den Frieden. Ohne Krieg ins neue Jahrtausend“, Auftakte: 11 Uhr EUKOM („go in & sit out“), 13 Uhr am Hauptbahnhof sowie vor den Parteibüros von Bündnis90/Die Grünen und der SPD Stuttgart, Kundgebung: 14 Uhr, Marktplatz. Ab 16 Uhr Friedenskonferenz in DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20

Quelle: [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)